

BAND 11

## Sexuelle und reproduktive Rechte

Ein Essay von Christa Wichterich  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung





# **SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTEN DES GUNDA-WERNER-INSTITUTS  
BAND 11**

# **Sexuelle und reproduktive Rechte**

**Ein Essay von Christa Wichterich**

**Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung**

## Die Autorin

**Dr. Christa Wichterich** ist Soziologin und derzeit Dozentin am Zentrum für Geschlechterstudien der Universität Basel. Zuvor war sie Gastprofessorin für Geschlechterpolitik an der Universität Kassel. Sie arbeitet zudem als freiberufliche Publizistin, Buchautorin und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie hat mehrere Jahre als Universitätsdozentin in Indien und im Iran und als Afrika-Korrespondentin in Kenia gelebt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Gender, internationale Frauenpolitik und Frauenbewegungen sowie feministische Ökologie. Ihre geographischen Arbeitsschwerpunkte sind Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. Sie engagiert sich im wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland und im europäischen Netzwerk Women in Development Europe (WIDE+).



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Sexuelle und reproduktive Rechte

Ein Essay von Christa Wichterich

Band 11 der Schriften des Gunda-Werner-Instituts

Erweiterte dt. Fassung (im Vergleich zur engl.)

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2015

Design: feinkost Designnetzwerk, Constantin Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von State)

Cover-Foto: Julian Röder/Ostkreuz (Foto.ID:130000ju06)

Printing: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-141-4

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

# INHALT

Vorwort	7
<b>1 Einleitung</b>	<b>11</b>
1.1 Kurze Chronologie	12
1.2 Kurzer Rückblick auf 20 Jahre Umsetzung	15
<b>2 Soziale Normen, Werte und Rechte</b>	<b>19</b>
2.1 Menschenrechte zwischen Universalismus und Kulturrelativismus	20
2.2 Sexuelle und reproduktive Rechte zwischen Befreiung und Autoritarismus	21
2.3 Begehren, Selbstbestimmung und Arbeit	23
2.4 Universal, aber nicht uniform; kontextualisiert, aber herrschaftskritisch	27
<b>3 Biopolitik und Biomacht</b>	<b>29</b>
3.1 Biopolitik und Bevölkerungskontrolle	30
3.2 Biopolitik, pro-natalistische und heteronormative Maßnahmen	34
<b>4 Reproduktionstechnologien und Bioökonomie</b>	<b>37</b>
4.1 Biomedizin, Reproduktionstechnologien und Lebenswissenschaften	38
4.2 Transnationale reproduktive Märkte und Fruchtbarkeitsindustrien	40
<b>5 Ausblick</b>	<b>45</b>
Abkürzungsverzeichnis	48





# VORWORT

Mein Körper gehört mir! So lautet eine wiederkehrende zentrale Forderung in unterschiedlichen feministischen Kämpfen. Das ist selbstbewusst, artikuliert aber auch Verteidigung. Denn Herrschaft über Körper ist eine historische Erfahrung von Frauen und manifestiert sich vielfältig – politisch, religiös, kolonial, rassistisch, männlich. Frauenkörper sind immer wieder zentrales Ziel konservativer und fundamentalistischer Ideologie und Praxis. Das individuelle Selbstbestimmungsrecht ist geprägt von sozialen und kulturellen Normen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und mehr denn je auch bestimmt von reproduktiven Technologien und medizinischen Angeboten.

Im März 2015, einen Tag nach dem internationalen Frauentag, verabschiedet das Europaparlament einen Bericht, der unter anderem ein Recht auf Abtreibung fordert. Christliche Lobbyistinnen und Lobbyisten sowie Medien liefen dagegen Sturm. Mein Körper gehört mir? Viele Schlagzeilen des letzten Jahres erzählen andere Geschichten: «In Deutschland beschließt die Regierung verpflichtende regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen für Sexarbeiter\_innen», «Thailand verbietet Leihmuttergeschäfte», «Zunehmende Angriffe auf Schwule und Lesben in Kirgisien», «Texas zwingt die meisten Abtreibungskliniken zur Schließung», «Kenianische Politiker fordern Steinigung von Homosexuellen», «Jährlich im September organisieren Abtreibungsgegnerinnen und -gegner einen «Marsch für das Leben» durch Berlin».

Mit ähnlichen Meldungen beginnt der vorliegende Essay von Christa Wichterich. Die Soziologin und Publizistin erinnert zunächst daran, wie sexuelle und reproduktive Rechte als umkämpfte Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten durch Frauenbewegungen diskutiert und erstritten wurden. Nicht zuletzt sind viele der Forderungen im UN-Kontext kodiert worden.

Wer verstehen will, wie es um die sexuellen und reproduktiven Rechte in einer Gesellschaft bestellt ist, muss sich allerdings mit den jeweiligen nationalen politischen, juristischen, institutionellen und normativen Kontexten auseinandersetzen. Wer sind die gesellschaftlichen Akteur\_innen, die Normen und Gesetze prägen? Mit welchen Politiken wird über den Körper von Frauen verfügt? In welchen sozialen und politischen Machtkontexten – auch transnational – wirken Reproduktionstechnologien und medizinische «Angebote»?

Im Essay werden drei zentrale Achsen vorgestellt, die sexuelle und reproduktive Rechte unterschiedlich beeinflussen können: soziale Normen, Werte und Rechte; Bevölkerungs- und demografische Politik sowie die Macht der Reproduktions- und Biotechnologien – die «Bioökonomie». Mit Blick auf diese drei Achsen können auch Wechselwirkungen und Dynamiken zwischen den verschiedenen Macht-Regimen benannt und die verschiedenen Einflüsse auf sexuelle und reproduktive Rechte

begreiflich gemacht werden. An diesen analytischen Zugang knüpft sich die Hoffnung, dass – bei aller nationalstaatlichen Verschiedenheit – eine politische Verständigung über Grenzen hinweg möglich wird. Mit dem Essay wollen wir die Debatte zu sexuellen und reproduktive Rechte von Frauen weltweit beleben. Strategien und Ansätze, um diese Rechte zu stärken, sind dringlich wie nie, eben weil sie durch politische, religiöse und fundamentalistische Kräfte angegriffen werden.

Das Jahr 2015 bietet einen besonderen Anlass und Bezugspunkt für eine Auseinandersetzung und Reflexion zu sexuellen und reproduktiven Rechten. Die Pekinger Aktionsplattform wird 20 Jahre alt. Die vierte Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking hat eine Aktionsplattform verabschiedet, die zum ersten Mal festhält, wie das Paradigma, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, auf verschiedene Bereiche angewendet werden kann. Anlässlich des Jubiläums stellen wir die Aktionsplattform, ihre Bedeutung gestern und heute in Beiträgen aus verschiedenen Regionen der Welt ausführlich vor unter [www.gunda-werner-institut.de](http://www.gunda-werner-institut.de)

«Reproduktive Gesundheit» und «Reproduktive Rechte» sind zentrale Begriffe im Kapitel «Frau und Gesundheit» der Pekinger Aktionsplattform, dem Umsetzungsprogramm der Konferenz. Im Zentrum stehen individuelle Rechte auf Selbstbestimmung, körperliche Unversehrtheit und Freiheit von Diskriminierung. Peking war ein Meilenstein unterschiedlicher feministischer Kämpfe z.B. gegen Bevölkerungspolitik oder für Frauengesundheit. Gleichzeitig ist der umfassende Rechtsbegriff anschlussfähig für alle Geschlechter und für weitere Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung wie die von Lesben, Bisexuellen, Schwulen, Transgender und Intersex-Personen (LGBTI). Diese Kämpfe scheinen im vorliegenden Essay ebenfalls auf, allerdings nur am Rande – wir werden sie jedoch an anderer Stelle als eigenständig ins Zentrum rücken. Ebenfalls fehlen aufgrund des spezifisch historischen feministischen Fokus in diesem Essay emanzipative männerpolitische Perspektiven.

Trotz des Erfolgs ist Peking auch ein ambivalenter Bezugspunkt. Denn seit den 1990er Jahren funktionieren Diskurse um Selbstbestimmung auch als neue Formen der Beherrschung. Individuelle Bedürfnisse und Rechte werden anschlussfähig für biopolitische Machtstrategien, «Empowerment» kann in entwicklungspolitischen Programmen auch zum Code für «Beratungs- und Betreuungsbedarf» werden. Entsprechend verweisen in Folge von Peking Feminist\_innen auf eine Medikalisierung bevölkerungspolitischer Ziele. Diese kritische Reflexion über die Entwicklung und die Rolle von Menschenrechten leistet der vorliegende Essay.

Nicht zuletzt wollen wir an dieser Stelle darauf verweisen, dass Peking neben dieser Ambivalenz auch eine bezeichnende Lücke hat: Das Recht auf Abtreibung als Menschenrecht wurde nicht verankert. Nur dort, wo Abtreibung bereits legal ist, soll sie gesichert stattfinden können. Das Recht auf Abtreibung ist ein Menschenrecht. Diese Tatsache ist heute immer noch «unerhört». Nicht zuletzt in Deutschland steht Abtreibung nach wie vor im Strafgesetzbuch.

Für das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung muss also weiter gestritten werden. Seit 20 Jahren gibt es zwar punktuell Fortschritte wie eine sinkende Zahl der Müttersterblichkeit hier oder ein Gesetz gegen häusliche Gewalt dort. Doch der Fortschritt ist nicht linear – und er ist nicht gesichert. Heute wie vor

20 Jahren sind sexuelle und reproduktive Rechte kontrovers und umkämpft. Was einmal erreicht wurde, kann wieder in Frage gestellt werden.

Für alle, die in ihren Organisationen oder mit uns gemeinsam zu diesem Thema schon arbeiten, das Thema weiter bearbeiten oder einen neuen Zugang suchen, um die vielfältigen und widersprüchlichen Diskurse, die das Feld bestimmen, zu sichten und zu sortieren, bietet die vorliegende Broschüre sowohl Denkanstöße als auch Werkzeuge. Wir wünschen eine gewinnbringende Lektüre und freuen uns auf Feedback.

Berlin, im Juni 2015

Barbara Unmüßig  
*Vorstand der  
Heinrich-Böll-Stiftung*

Susanne Diehr  
*Referentin des Gunda-Werner-Instituts für  
Feminismus und Geschlechterdemokratie*



# 1 Einleitung

- Die Konzerne Apple und Facebook bieten in den USA an, Social Freezing, das Einfrieren unbefruchteter Eizellen für später, als karriere- und familienfreundliche Maßnahme für ihre Beschäftigten zu bezahlen.
- Präsident Erdogan fordert, dass jede türkische Frau zum Wohle der Nation mindestens drei Kinder gebären soll.
- Im EU-Parlament hat sich ein konservativer Block gebildet, der 2013 die Verabschiedung einer einheitlichen EU-Politik in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte verhinderte. Gegen massive Proteste christlicher Medien, von Lebensschützern und konservativen Lobbygruppen wurden jedoch im März 2015 zwei Berichte verabschiedet, die sich für den Zugang aller EU-Bürger\_innen zu Verhütung, legale Abtreibung und Sexualerziehung aussprechen.
- In Indien starben mindestens 14 Frauen nach einer Laparoskopie in einem Sterilisationscamp.
- In Uganda wird ein neues Anti-Homosexualität-Gesetz vorbereitet, nachdem das Verfassungsgericht ein bereits verabschiedetes Gesetz, das die Todesstrafe vorsah, für nichtig erklärte.
- In El Salvador, wo Abtreibung kategorisch verboten ist und Hunderte von Frauen nach Fehlgeburten und Totgeburten in Gefängnissen sitzen, hat das Parlament auf Drängen feministischer Organisationen erstmalig eine Frau begnadigt. Wenig später wurde im US-Bundesstaat Indiana erstmalig eine Frau nach einer Fehlgeburt unter dem Vorwurf der Abtreibung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.
- Das russische LGBT-Propaganda-Gesetz gibt vor, Kinder vor Informationen über LGBT-Personen und nicht-traditionelle Familienformen zu schützen. Leihmutterschaft ist in Russland legal, aber nicht für gleichgeschlechtliche Paare.
- Nach der Entführung von 276 Schülerinnen gab die islamistische Gruppe Boko Haram bekannt, dass die Mädchen zum Islam konvertieren, heiraten und Kinder gebären sollen.

Diese Liste von Schlagzeilen ist endlos erweiterbar. Sie signalisiert, dass sexuelle und reproduktive Rechte (SRR) überall höchst umkämpft sind. Geschlechterordnungen gelten als das Herzstück von soziokulturellen und religiösen Wertesystemen in den unterschiedlichsten Gesellschaften, und sexuelle und reproduktive Regime bilden wiederum den Kern der Geschlechterordnungen. Sie markieren eine brisante Schnittstelle individueller, kollektiver, ethischer, politischer, wissenschaftlicher und kommerzieller Interessen und unterschiedlicher, miteinander verflochtener, komplexer Machtregime.

Der folgende Überblick über Diskurse, Dynamiken und Perspektiven geht davon aus, dass sexuelle und reproduktive Rechte als eine Agenda von normativen Prinzipien ein höchst umstrittenes gesellschaftliches Terrain ist. Dieser Essay versucht, die verschränkten Herrschaftsstrukturen zu entzerren, die aktuelle Sichtweisen auf, Umsetzungen von und Widerstände gegen sexuelle und reproduktive Rechte bestimmen. Dazu werden drei Hauptachsen von Macht und Einflüssen auf sexuelle und reproduktive Rechte identifiziert, die als Referenzrahmen für Diskussionen in verschiedenen Regionen und Ländern fungieren können:

- a) Soziale Normen, Werte und Rechte,
- b) Biopolitik und Biomacht
- c) Reproduktionstechnologien und Bioökonomie.

In jedem dieser drei Machtfelder bzw. Regime ist Gender als Kategorie sozialer Ungleichheit tief eingeschrieben und gleichzeitig mit anderen Kategorien sozialer Ungleichheit, insbesondere Klasse/Kaste, Hautfarbe/Ethnizität<sup>1</sup> und Kolonialismus/Imperialismus verflochten. Das komplexe Zusammenspiel dieser Faktoren zeigt, dass im Themenfeld sexueller und reproduktiver Rechte Geschlecht und soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammengehören.

Dieser Essay bietet Hintergrundinformationen und analytische Zugänge aus einer internationalen Perspektive. Er will in der Tradition der Politisierung scheinbar persönlicher Probleme Raum für die Klärung von Positionen öffnen und dazu motivieren, politische Interventionsmöglichkeiten zu erkunden. Er will zu kritischen und kontroversen Debatten motivieren und wirft deshalb mehr Fragen auf, als er Antworten gibt.

## 1.1 Kurze Chronologie

Das Paradigma der sexuellen und reproduktiven Rechte als Menschenrechte hat seine Wurzeln in internationalen politischen Diskursen über globale Probleme nach dem Ende der bipolaren Weltordnung. Es geht zurück auf die UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo, wo es in die Gesundheitsagenda eingebettet war und aus ihr abgeleitet wurde. Damals ging das Konzept sexueller und reproduktiver Gesundheit besonders aus dem Widerstand gegen bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen und Geburtenkontrolle im Süden hervor. Ein Jahr später wurde es von der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking bestätigt.

Die Kodierung des Paradigmas sexueller und reproduktiver Rechte in UN-Dokumenten war eine Antwort auf Frauenbewegungen in allen Regionen der Welt, die Abwehrkämpfe gegen männliche Gewalt gegen Frauenkörper und gegen patriarchale Kontrolle über ihre Sexualität kämpften, von Vergewaltigung in der Ehe,

---

1 Im Deutschen besteht eine große Unsicherheit bezüglich der Übersetzung der sozialen Kategorie «Race». Hautfarbe und Ethnizität werden hier als Hilfskonstrukte in dem Wissen benutzt, dass es sich um soziale Konstruktionen handelt.

sexueller Gewalt im Krieg, Genitalverstümmelung über entwürdigende Jungfräulichkeits- und Schwangerschaftstests bis zu sogenannten Ehrenmorden, vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmung und Femiziden.

Nach der Aufnahme der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in das Aktionsprogramm von Kairo wurde das Paradigma als internationaler Konsens und globales Regelsystem gefeiert, das in nationale Politiken übersetzt werden sollte. Besonders Frauenbewegungen und Gesundheitsnetzwerke begrüßten die neuen normativen Prinzipien als Politikwechsel von der Bevölkerungskontrolle zum Empowerment von Frauen und als großer Schritt vorwärts bezüglich der Anerkennung der Menschenrechte von Frauen.<sup>2</sup> Zeitgleich artikuliert eine neue Koalition konservativer christlicher und islamischer Kräfte, angeführt durch den Vatikan und von kritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen «unheilige Allianz» genannt, starke Vorbehalte gegen das Konzept sexueller und reproduktiver Rechte, insbesondere gegen Abtreibung, gleichgeschlechtliche Sexualität und Sexualerziehung für Jugendliche.

## Reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte

Reproduktive Gesundheit ist der Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen bei allen Aspekten, die mit den Fortpflanzungsorganen und ihren Funktionen und Prozessen verbunden sind. Reproduktive Gesundheit bedeutet deshalb, daß Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und daß sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie davon Gebrauch machen. In diese letzte Bedingung eingeschlossen sind das Recht von Männern und Frauen, informiert zu werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Regulierung der Fruchtbarkeit zu haben, die nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, und das Recht auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen, und die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, daß sie ein gesundes Kind bekommen ...

Eingedenk dieser Definition umfassen reproduktive Rechte bestimmte Menschenrechte, die bereits in nationalen Rechtsvorschriften, völkerrechtlichen Menschenrechtsdokumenten und anderen Konsensdokumenten anerkannt sind. Diese Rechte stützen sich auf die Anerkennung des Grundrechts aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden

- 2 Um sichtbar zu machen, dass Menschenrechte Frauenrechte sind (Prinzip der Gleichheit) und spezielle Frauenrechte als Menschenrechte anerkannt werden müssen (Prinzip der Differenz), ist im Folgenden häufig von Frauen-/Menschenrechten die Rede.

und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie des Rechts, ein Höchstmaß an sexueller und reproduktiver Gesundheit zu erreichen. Dies umfaßt auch das Recht von Paaren und Einzelpersonen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt Entscheidungen in Bezug auf die Fortpflanzung zu treffen, wie es in den Menschenrechtsdokumenten niedergelegt ist. Bei der Ausübung dieses Rechts sollten die Menschen die Bedürfnisse ihrer bereits lebenden und ihrer zukünftigen Kinder sowie ihre Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft berücksichtigen.

UNFPA: Aktionsprogramm der UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung Kairo, 5.-13.9.1994, Para. 7.2, 7.3.<sup>3</sup>

### **Frauen und Gesundheit**

Die Menschenrechte der Frau umfassen auch ihr Recht, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt über Angelegenheiten im Zusammenhang mit ihrer Sexualität, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, bestimmen und frei und eigenverantwortlich entscheiden zu können. Ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Frauen und Männern in Bezug auf die sexuellen Beziehungen und die Fortpflanzung, was die uneingeschränkte Achtung der Unversehrtheit des Menschen einschließt, erfordert gegenseitige Achtung, Einverständnis und gemeinsame Verantwortung für das Sexualverhalten und dessen Folgen.

4. Weltfrauenkonferenz, Aktionsplattform von Peking  
4.-15. September 1995, Para. 96<sup>4</sup>

Im Rahmen der UNO sind die Mitgliedstaaten Pflichtenträger und haben die Aufgabe, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen, denen sie zugestimmt oder die sie ratifiziert haben. Vor dem Hintergrund des wachsenden Einflusses der Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren hofften Frauenorganisationen, die Frauen-/Menschenrechtsagenda wäre ein Instrument zur Beeinflussung nationaler und internationaler Politiken und würde zu einem stetigen Prozess der Umsetzung sexueller und reproduktiver Rechte auf nationaler und lokaler Ebene führen.

- <sup>3</sup> Da von dem Aktionsprogramm von Kairo keine offizielle deutsche Übersetzung vorliegt, wurden diese beiden wortidentischen Passagen aus der deutschen Übersetzung der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz übernommen. Siehe englisch [www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/ICPD%20PoA%20English.pdf](http://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/ICPD%20PoA%20English.pdf); deutsche Übersetzung: [www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh\\_2\\_3.html#iv-c](http://www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2_3.html#iv-c)
- <sup>4</sup> [www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh\\_2\\_3.html#iv-c](http://www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2_3.html#iv-c)



## 1.2 Kurzer Rückblick auf 20 Jahre Umsetzung

Nach den Konferenzen von Kairo und Peking hing die tatsächliche Umsetzung der sexuellen und reproduktiven Rechte von einer Vielzahl von Faktoren und Dynamiken ab: von politischer Macht, Bevölkerungs- und anderen Biopolitiken, Medizin und Biowissenschaften, der Entwicklung reproduktiver Technologien, dem Aufbau transnationaler Geschäftsbeziehungen und von progressiven und konservativen Kräften, die individuelle und kollektive Interessen vermitteln. Anstelle eines langsamen, aber geradlinigen Prozesses der Anerkennung und der Einlösung sexueller und reproduktiver Rechte haben Maßnahmen und Diskurse in den vergangenen 20 Jahren eine wechselhafte Geschichte von Fortschritt und Rückschlägen, eine Zick-Zack-Bewegung erlebt. Der viel gepriesene Konsens von Kairo wurde ein diskursives Schlachtfeld, das die internationale Gemeinschaft, die öffentliche Meinung in einzelnen Nationalstaaten und Zivilgesellschaften und nicht zuletzt auch Feministinnen spaltete.

Das Paradigma sexueller und reproduktiver Rechte, das aus Frauenbewegungen und ihren emanzipatorischen Perspektiven bezüglich der Befreiung von Gewalt, Zwang und Diskriminierung hervorging, geriet als Spielball zwischen zwei globale Dynamiken: der neoliberalen transnationalen Vermarktlichung und autoritär-konservativen politischen und fundamentalistisch-religiösen Regimen. Während die Transnationalisierung und Ökonomisierung der Reproduktion durch die Entwicklung von Reproduktionstechnologien und der Biowissenschaften schnell vorangetrieben wurde, organisierte ein wachsender neokonservativer Block von politischen und religiösen Kräften Widerstand bei internationalen Verhandlungen und auf nationaler Ebene. Bei der 59. Sitzung der Frauenrechtskommission zu Peking+20<sup>5</sup> im März 2015 in New York berichteten Frauenorganisationen und LGBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten aus aller Welt über die jüngsten massiven Angriffe auf ihre Rechte durch erstarkte autoritäre, nationalistische, neokonservative und fundamentalistische Kräfte. Sie tragen maßgeblich zu «shrinking spaces, shrinking funds» bei, dem Schrumpfen demokratischer Handlungsspielräume und Finanzierungsmöglichkeiten für liberale und fortschrittliche Menschenrechts- und Frauenorganisationen.

Bemerkenswert ist auch, dass die im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele, die Millennium Development Goals (MDGs), sexuelle und reproduktive Rechte zunächst nicht beinhalteten. Ziel 5 sollte zur Senkung der Müttersterblichkeit beitragen, Ziel 6 zur Bekämpfung von HIV/AIDS. Erst 2005 wurde Ziel 5B hinzugefügt, das einen universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung fordert. Der derzeitige Entwurf der Nachhaltigen Entwicklungsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), benennt sexuelle und reproduktive Gesundheit zweimal, einmal reproduktive Rechte.<sup>6</sup>

5 Die Frauenrechtskommission, Commission on the Status of Women (CSW), trifft sich einmal jährlich im März bei den Vereinten Nationen in New York. Seit der Weltfrauenkonferenz in Peking hat sie die Umsetzung der Aktionsplattform beobachtet

6 SDGs zero draft: [www.endpoverty2015.org/en/2014/06/04/zero-draft-sustainable-development-goals](http://www.endpoverty2015.org/en/2014/06/04/zero-draft-sustainable-development-goals)

Im allgemeinen gelten die Menschenrechte, die in UN-Programmen und Aktionsplänen formuliert sind, als normative Prinzipien und weiche Regeln. Wenn sie allerdings in ein rechtsverbindliches internationales Übereinkommen eingehen, werden sie justiziabel. So verklagte exemplarisch und bahnbrechend der Ausschuss der Frauenrechtskommission bei den UN<sup>7</sup> den Staat Peru wegen Verletzung der sexuellen und reproduktiven Rechte eines Mädchens, dem nach einer Vergewaltigung eine Abtreibung verweigert worden war.

## Überprüfung des Aktionsprogramms der Kairoer Konferenz 1994–2014

Zwischen 1990 und 2010 ist die Zahl der Menschen, die in extremer Armut in den Entwicklungsländern leben, gemessen an der Gesamtbevölkerung um die Hälfte gesunken (von 47 Prozent im Jahr 1990 auf 22 Prozent im Jahr 2010), eine Reduktion um 700 Millionen Menschen. In der Grundschule haben Mädchen in der Mehrzahl der Länder gleich gezogen, die Müttersterblichkeit sank um 47 Prozent, die globale Geburtenrate um 23 Prozent. Die Bilanz macht jedoch auch deutlich, dass die Fortschritte ungleich und fragmentiert sind [...] Zwar konnten wichtige Fortschritte in Bezug auf Gesundheit und Lebenserwartung gemacht werden, doch diese sind nicht gleich verteilt und für viele nicht zugänglich. [...] Forschungen belegen eine signifikante Korrelation zwischen der Mädchenbildung, gesünderen Familien und einem höheren Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Trotz erheblicher Fortschritte in den vergangenen beiden Jahrzehnten bezüglich der Gesundheit von Mutter und Kind und in der Familienplanung starben im Jahr 2010 800 Frauen täglich aus Gründen, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft oder Geburt stehen. 2008 unterzogen sich in den Entwicklungsländern schätzungsweise 8,7 Millionen junge Frauen zwischen 15 und 24 einer unsicheren Abtreibung. Die Verbreitung antiretroviraler Medikamente hat 6,6 Millionen Todesfälle infolge von HIV und AIDS verhindert, darunter 5,5 Millionen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, aber in viel zu vielen Ländern steigt die Zahl der Neuinfektionen weiter an, oder der Rückgang ist ins Stocken geraten. Im Allgemeinen können immer weniger Fortschritte durch technische «Wunderwaffen» erwartet werden, wenn die Gesundheitssysteme armer Länder nicht ernsthaft verbessert und strukturelle Armut und Menschenrechtsverletzungen nicht in Angriff genommen werden.

UNFPA (2014): Aktionsrahmen für das Follow-up zu dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung nach 2014, New York, 1f<sup>8</sup>

- 7 Die Frauenrechtskonvention, Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW), wurde 1979 verabschiedet und ist das einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument der UNO in Bezug auf Frauen- und Geschlechterrechte.
- 8 Eigene Übersetzung der Autorin, englisch siehe [http://icpdbeyond2014.org/uploads/browser/files/93632\\_unfpa\\_eng\\_web.pdf](http://icpdbeyond2014.org/uploads/browser/files/93632_unfpa_eng_web.pdf)

Die Bilanzen nach 20 Jahren Umsetzung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte zeigen viele Ambivalenzen und Widersprüche in den Fakten und Zahlen und ungleiche und ungleichzeitige Entwicklungen:

- Der offizielle Bericht der philippinischen Regierung stellt fest<sup>9</sup>, dass die Müttersterblichkeit nach 1995 gesunken ist, seit 2006 aber wieder anstieg und 2011 höher war als 1990. Auch Teenager-Schwangerschaften stiegen zwischen 2005 und 2010 um 64.000 an. Erst im April 2014 wurde nach 15 Jahren Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ein Gesetz zu «verantwortungsvoller Elternschaft und reproduktiver Gesundheit» verabschiedet. Das Gesetz will einen universellen Zugang zu Familienplanung und Sexualerziehung öffnen – ein Ziel, das für arme Frauen derzeit noch in weiter Ferne scheint.
- Uganda hat seine HIV-Infektionsrate erfolgreich von 18,5 Prozent auf 6,4 Prozent (2004) gesenkt; ab 2005 stiegen die HIV-Infektionen jedoch wieder auf 8,3 Prozent bei Frauen und 6,1 Prozent bei Männern an. In Kenia ist der Geschlechterunterschied bei den HIV-Infektionen mit 8 bzw. 4,3 Prozent noch größer. Männer werden im Bereich reproduktiver Gesundheit immer noch vernachlässigt. In Tansania ist die Anzahl weiblicher Genitalverstümmelungen in fünf Regionen rückläufig, in vier anderen Regionen dagegen nahmen sie zwischen 2005 und 2010 zu. Insgesamt 44 Prozent der verheirateten Frauen erfahren sexuelle Gewalt durch ihre Ehemänner; 54 Prozent der Frauen und 34 Prozent der Männer glauben, dass ein Mann ein Recht hat, seine Frau zu schlagen.<sup>10</sup>
- In Lateinamerika konnte die Müttersterblichkeit nicht gesenkt werden. Ein Grund dafür ist das gesetzliche Abtreibungsverbot in sieben Ländern, das von einer Allianz aus Staat (einschließlich einiger linken Regierungen) und der katholischen Kirche getragen wird. In El Salvador, der Dominikanischen Republik, Nicaragua, Honduras, Haiti, Surinam und Chile ist Abtreibung kriminalisiert, Frauen werden bei Verstoß zu Gefängnisstrafen verurteilt. In Chile wurden bereits zwölf Gesetzesentwürfe zur Entkriminalisierung von Abtreibung abgelehnt und dadurch das Leben von Tausenden von Frauen gefährdet.<sup>11</sup>
- In vielen Ländern Osteuropas, dem Kaukasus und Zentralasiens fehlt es an umfassender Sexualerziehung. Dies spiegelt sich in einer niedrigen Nutzungsrate von Verhütungsmitteln (in Armenien und Aserbaidschan weniger als 20 Prozent), häufigen Teenager-Schwangerschaften und einer hohen HIV/Aids-Infektionsrate bei jungen Menschen.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> [www.pcw.gov.ph/sites/default/files/documents/resources/BPFA%2B20\\_progress\\_report.pdf](http://www.pcw.gov.ph/sites/default/files/documents/resources/BPFA%2B20_progress_report.pdf)

<sup>10</sup> [www.uneca.org/pages/beijing20-national-reviews](http://www.uneca.org/pages/beijing20-national-reviews)

<sup>11</sup> ECLAC (2015): Regional Review and Appraisal of the Implementation of the Beijing Platform of Action, Montevideo, [www.cepal.org/mujer/noticias/paginas/9/53409/C1421041\\_Beijing20\\_WEB.pdf](http://www.cepal.org/mujer/noticias/paginas/9/53409/C1421041_Beijing20_WEB.pdf)

<sup>12</sup> Astra Network (2014): Sexual and reproductive health and rights in Central and Eastern Europe, [www.astra.org.pl/pdf/publications/ASTRA\\_Factsheet\\_2014.pdf](http://www.astra.org.pl/pdf/publications/ASTRA_Factsheet_2014.pdf)

Diese Widersprüche, Diskurse und der Widerstand konservativer Kräfte üben einen starken Einfluss auf die Verhandlungen auf UN-Ebene aus. Bei der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012, zwei Jahrzehnte nach der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992, verhinderten konservative und fundamentalistische Kräfte, dass sexuelle und reproduktive Rechte als ein Element von Nachhaltigkeit in das Abschlussdokument aufgenommen wurden. In der Erklärung der CSW59/Peking+20 im März 2015 in New York fehlt ebenfalls ein Hinweis auf sexuelle und reproduktive Rechte. Dies schürt derzeit Befürchtungen unter transnationalen Frauennetzwerken, dass auch bei den Vereinten Nationen ein massiver Backlash stattfindet.

UN- und Regierungsdokumente sprechen häufig von einem «unfinished business», einem noch nicht abgeschlossenen Vorhaben, so als wäre prinzipiell der politische Wille vorhanden und weitere Fortschritte wären nur eine Frage der Zeit. Im Gegensatz zu dieser Einschätzung geht der vorliegende Essay davon aus, dass es sich vor allem um eine Machtfrage handelt. Deswegen werden hier die zugrunde liegenden Ursachen und Machtstrukturen auf der Mikro-, Mezzo- und Makroebene geschlechtsspezifischer Rechte und Regelsysteme analysiert. Dabei leiten folgende Fragen die Analyse:

- Wie wird ein Regime der Reproduktion, reproduktiver Normen, Werte und Rechte ausgehandelt und sozial konstruiert?
- Welche gesellschaftlichen Kräfte oder Institutionen sind die treibenden Kräfte hinter sexuellen und reproduktiven Rechten?
- Warum sind Fortschritte in einem bestimmten Land oder einer Region so langsam oder gar unmöglich?
- Welche gesellschaftlichen Kräfte blockieren den Fortschritt der sexuellen und reproduktiven Rechte?
- Wie interagieren verschiedene Machtsysteme, wie überschneiden sie sich an bestimmten Orten, wo stehen sie im Widerspruch zueinander?

# 2 Soziale Normen, Werte und Rechte

Das erste hier skizzierte Hauptfeld von Macht, die sozialen Normen, Werte und Rechte, verläuft quer durch die Zivilgesellschaft, ihre Institutionen und unterschiedlichen Kräfte, die Wertesysteme, symbolische Ordnungen und soziale Normen konstruieren. Dazu gehören Religion, Familie, ethnische Gemeinschaften, politische Ideologien, Gesetze und rechtliche Rahmenbedingungen, das Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, soziale Bewegungen, Bräuche, Traditionen und Kulturen. Sexuelle und reproduktive Rechte sind ein umstrittenes Feld zwischen dem Anspruch individueller Selbstbestimmung und den kollektiven Normen einer Gesellschaft oder Gemeinschaft. Sie sind umkämpft, weil sie traditionelle Praktiken, Überzeugungen und Normen konterkarieren, sozialen Wandel implizieren und offen sind für verschiedene Definitionen und Deutungen von «wollen» und «müssen», von «richtig» und «falsch».

Trotz unterschiedlicher kultureller und regionaler Schwerpunkte artikulieren Frauenbewegungen immer wieder Widerstand gegen Gewalt, Diskriminierung und Kontrolle über ihren Körper, ihre Sexualität und Gebärfähigkeit. Die Sprache der sexuellen und reproduktiven Rechte wurde von Frauennetzwerken formuliert, um jahrhundertalten und modernen Formen der Unterordnung und Fremdbestimmung des weiblichen Körpers und der Sexualität durch patriarchale Institutionen, Familie, medizinische Wissenschaft und Praxis, Glaubensgemeinschaften, Rechtssysteme und Staaten zu begegnen. Das Paradigma sexueller und reproduktiver Rechte war ein herausragendes Instrument, um das Private als Politikum zu vergegenwärtigen. Gleichzeitig konstruiert es Frauen jenseits des Opferstereotyps als Rechtsträgerinnen, die staatliche und nichtstaatliche Akteure für den Schutz und die Umsetzung ihrer Menschenrechte in die Verantwortung nehmen.

Im Zusammenhang mit reproduktiven Rechten waren in den vergangenen Jahrzehnten die moralisch umstrittensten Themen Abtreibung, nicht-hegemoniale sexuelle Orientierungen, Sexualerziehung für Jugendliche und Reproduktionstechnologien. Der Anspruch auf Selbstbestimmung und Freiheit von Zwängen in Bezug aufs Kinderkriegen stellt eine Herausforderung für autoritäre, demografische und eugenische Politiken dar. Dabei besteht das kritische Potenzial der Menschenrechte gerade darin, Ungerechtigkeit, Unterwerfung und Unterdrückung zu benennen, zu politisieren und letztlich auch zu verhindern.

## 2.1 Menschenrechte zwischen Universalismus und Kulturrelativismus

Die Definition und Bedeutung von Befreiung und Emanzipation variiert je nach Kontexten und Personengruppen. Im Westen sind die Konzepte von Menschenrechten und Emanzipation stark vom Individualismus geprägt, der sich seit der Aufklärung, im Kontext kapitalistischer Märkte und der Demokratisierung entwickelte. Frauenbewegungen und Feminismus im Westen fokussieren entsprechend auf Autonomie und Selbstbestimmung, definiert als Abwehr von Zwängen und Gewalt und als Unabhängigkeit von patriarchaler Unterdrückung. Dabei spielten die Kontrolle über den eigenen Körper und Sexualität sowie Wahlfreiheit in Bezug aufs Kinderkriegen eine zentrale Rolle. Meist wurde der Kampf für das Recht auf Abtreibung zum Symbol für die Befreiung von männlicher Kontrolle über die Fortpflanzung.

Seit langem aber weisen postkoloniale Wissenschaftler\_innen und Aktivist\_innen aus dem Süden universalistische Normsetzungsansprüche aus dem Westen und von selbsternannten «Schwestern» zurück. Sie betonen kollektive Rechte wie ein Recht auf Entwicklung und Reproduktion der Gemeinschaft. Gayatri Spivak verweist darauf, dass soziale Praktiken der Verantwortung wesentlich relevanter für Frauen in Kulturen des Südens sind als die Menschenrechte einzelner Frauen.<sup>13</sup> Für Yoruba-Frauen zum Beispiel ist die Idee individueller Rechte befremdlich, weil in ihrer pro-natalistischen Kultur die Fruchtbarkeit der Frauen maßgeblich für das Gemeinschaftswohl und alles entscheidend für ihre soziale Wertschätzung ist. Zudem haben Frauenbewegungen im Süden oft eine lange Geschichte der Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen, kollektiver Freiheit und postkolonialer Unabhängigkeit.

Unter den anhaltenden Bedingungen von Neokolonialismus, Rassismus und Imperialismus wendet sich postkoloniale Kritik gegen den Universalismus von Frauen-/Menschenrechten, weil diese eine Hierarchisierung von Frauen enthält, je nachdem ob und inwieweit sie individuelle Rechte und Autonomie erreicht haben. Der Anspruch universeller Anwendung von Frauenrechten konstruiert westliche oder verwestlichte Frauen aus den globalen Mittelschichten als rational und überlegen gegenüber den Anderen, den Frauen aus dem globalen Süden, Migrantinnen und Migranten, Minderheiten, Musliminnen und Muslimen und indigenen Völker, die als rückständig und irrational gelten.<sup>14</sup> Frauen-/Menschenrechte werden hier als Instrumente bei der Mission benutzt, diejenigen, die als Opfer und Subalterne betrachtet und homogenisiert werden, zu entwickeln und im Sinne einer Anpassung an westliche Standards zu zivilisieren.

Gegen universalistische Geltungsansprüche und die Konstruktion von «Anderen» wenden sich kulturrelativistische Positionen mit Verweis auf die Eigenständigkeit einer bestimmten Kultur, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit. Die Behauptung kultureller, religiöser und ethnischer Souveränität bei Entscheidungen über

<sup>13</sup> Spivak, Gayatri (2005): Use and Abuse of Human Rights, in: *boundary 2*, Vol. 32, Nr.1, 131–189

<sup>14</sup> Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 23, 149–163

Frauenkörper, Bekleidungsstandards und physische Mobilität bedeuten allerdings oft, dass Frauenrechte im Namen der Kultur männlicher Dominanz und patriarchaler Kontrolle geopfert werden. Konzepte von Ehre, Würde und Schutz verschleiern symbolische Ordnungen, die Geschlechterhierarchien zementieren und Geschlechtergleichheit torpedieren. Doch in vielen Ländern ist eine solche kulturellrelativistische Wendung mit einem Gestus der Abgrenzung gegen die westliche Moderne populär und hegemonial geworden. Der Verweis auf Souveränität legitimiert in einigen afrikanischen Ländern weibliche Genitalverstümmelung, eine Kultur der Vergewaltigung und Homophobie gegenüber jeglicher «Bevormundung» von außen durch universalistische Normsetzungen.

Auf der anderen Seite ist die Militärintervention in Afghanistan, die in den USA unter anderem mit der Verteidigung von Frauenrechten legitimiert wurde, ein offensichtliches Beispiel dafür, wie Frauen-/Menschenrechte geopolitisch instrumentalisiert und in ein Herrschaftsinstrument verwandelt werden. Kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nennen eine solch strategische Nutzung feministischer Positionen zur Begründung politischer staatlicher, militärischer oder ökonomischer Gewalt «eingebetteten Feminismus»<sup>15</sup>.

## 2.2 Sexuelle und reproduktive Rechte zwischen Befreiung und Autoritarismus

Frauenbewegungen fordern Selbstbestimmung und Wahlfreiheit in Bezug auf Sexualität und Fortpflanzung. «Keine Zwangsmutterschaft! Keine Zwangssterilisation» waren wichtige Forderungen in der schwarzen Frauenbewegung in den USA.<sup>16</sup> Wahlfreiheit, Autonomie und reproduktive Optionen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern und Kulturen erheblich erweitert. Allerdings sind die aktuellen Kämpfe von Frauen- und LGBTI-Bewegungen für sexuelle und reproduktive Rechte mit einem Wiederaufflammen fundamentalistisch-religiöser Strömungen und einem Trend zu neokonservativen und autoritären Regierungen konfrontiert. Transnational haben konservative Kräfte an Boden gewonnen, zivilgesellschaftliche Netzwerke und soziale Medien aufgebaut und orchestrieren inzwischen einen massiven strategischen, oft aggressiven Backlash. Mit populistischen Argumenten und mit neuen unseligen Allianzen behaupten sie, die schweigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu repräsentieren.

Anti-Gender-Bewegungen mit rechten, maskulinistischen und anti-egalitären Ideologien sind auf dem Vormarsch in Mittel- und Osteuropa und bilden Allianzen mit verschiedenen Religionsgemeinschaften.<sup>17</sup> In Russland arbeiten diese Gruppierungen eng mit der russisch-orthodoxen Kirche und der Putin-Regierung zusammen, die mit nationalistischem Unterton die russische Familie mit (mindestens)

<sup>15</sup> Nachtigall, Andrea (2014): Stichwort «Embedded Feminism», in: *Peripherie* 133, 90

<sup>16</sup> Nelson, Jennifer (2003): *Women of Color and the Reproductive Rights Movement*, New York/London

<sup>17</sup> Heinrich Böll Foundation (ed) (2015): *Anti-Gender Movements on the Rise? Strategising for Gender Equality in Central and Eastern Europe*, Berlin

drei Kindern feiert und sich vom «homophilen» Europa – «Gayropa» – distanziert. Mit Hilfe eigener TV-Sender organisieren ultra-konservative und fundamentalistische Gruppen strategisch und finanziell gut ausgestattet einen familiaristischen Backlash und Volksentscheide gegen die Homo-Ehe: Sie glorifizieren Mutterschaft durch die Naturalisierung von Weiblichkeit, Zweigeschlechtlichkeit und heterosexueller Normen. Kampagnen zielen darauf, Abtreibungsrechte rückgängig zu machen, propagieren «Lebensschutz» und die heteronormative Familie. In Deutschland agieren die Vereinigung Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) und der Bundesverband Lebensrecht (BVL) bundesweit professionell mit dieser Ausrichtung.

Außerdem haben neokonservative Kräfte einen Block im Europäischen Parlament gegen Forderungen nach Gleichberechtigung und sexuellen und reproduktiven Rechte gebildet und dringen auch stärker in die zivilgesellschaftliche Frauenszene ein. Die Europäische Frauenlobby (EWL), ein Zusammenschluss der europäischen Frauenorganisationen in Brüssel, hat Konkurrenz bekommen durch das Netzwerk New Women for Europe, deren Anliegen die «echten Bedürfnisse der Familie», «Überwachung der besten Interessen des Kindes», «freie Wahl für Eltern» und «Investitionen in Humankapital im Rahmen der Familie» sind.<sup>18</sup> Feministische Wissenschaftler\_innen und feministische Mitglieder des EU-Parlaments erleben aggressive Attacken und Hasstiraden bis hin zu Morddrohungen.

Während konservativ-christliche Regierungen auf der UN-Ebene häufig in einer «unheiligen Allianz» ein Bündnis mit islamistischen Ländern eingehen, verknüpfen konservative Gruppen von Deutschland bis Russland meist rassistische, islam- und migrationsfeindliche Argumente mit antifeministischem und homophobem Denken. Ähnliche Muster finden sich in allen Weltregionen. In Myanmar verflechten nationalistische buddhistische Mönche Sexismus mit rassistischen und anti-muslimischen Ideologien. Ein Standard-Element in ihren Hassreden ist – wie auch bei nationalistischen Hindus in Indien und singhalesischen Buddhisten, die eine Vormachtstellung in Sri Lanka beanspruchen –, dass Muslime zu viele Kinder bekommen. In der Schweiz verbindet die sogenannte ECOPOP-Bewegung Fremdenfeindlichkeit und Demografie: Sie behauptet, dass das Land durch Zuwanderung und Flüchtlinge, die zudem viele Kinder bekommen, überbevölkert und seine Ressourcen überstrapaziert würden. In Frankreich gingen Katholikinnen und Katholiken mit der Front National ein Bündnis ein gegen die Heirat und ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Die Protagonisten dieser reaktionären Bewegung mobilisieren auch in Deutschland, um «besorgte» Eltern, die gegen die «frühe Sexualisierung» ihrer Kinder durch Sexualerziehung in den Schulen protestierten, zu unterstützen.<sup>19</sup> Viele dieser «besorgten» deutschen Eltern sympathisieren mit der neokonservativen Partei AfD (Alternative für Deutschland) und mit den Anti-Flüchtlings- und

**18** Zitiert in: Kemper, Andreas (2015): Keimzelle der Nation. Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

**19** Billmann, Lucie (Hg.) (2015): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung



islamfeindlichen Demonstrationen PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes).<sup>20</sup>

Diese neokonservativen patriarchalen Kräfte wenden sich aus ethischen Gründen auch gegen jede Neukonfiguration der sozialen Einheit Familie oder von Elternschaft. Ausgehend von Lateinamerika und den USA findet eine katholische und protestantische Neo-Evangelisierung auf allen Kontinenten statt. Sie verbreitet eine anti-egalitäre Doktrin und verknüpft die Wahrung von Tradition mit dem Schutz der Familie und von Privateigentum, d.h. patriarchale mit kapitalismusfreundlichen Elementen.<sup>21</sup>

Politische Regime von der russischen über die spanische bis zur ugandischen Regierung instrumentalisieren Themen wie Homosexualität und Abtreibung, um eine moralische Krise in der Gesellschaft zu beschwören, die dann von wirtschaftlichen und politischen Problemen ablenkt. In diesem Klima von Autoritarismus und moralischer Verunsicherung schrumpfen die Spielräume für die Umsetzung von Rechten und Geschlechteremanzipation, während sich Hintertüren für die konservative Gegenreform öffnen: So erlaubt eine von der katholischen Kirche in Polen und Kroatien gestützte Gewissensklausel Ärzten, medizinische Leistungen wie Abtreibung abzulehnen, auch wenn sie legalisiert sind.

## 2.3 Begehren, Selbstbestimmung und Arbeit

Individuelles Denken und Wünschen bezüglich sexueller und reproduktiver Bedürfnisse und Interessen werden von vielfältigen Faktoren beeinflusst, konstruiert und verändert: von der Interaktion sozialer Normen, Regeln und staatlicher Gesetzgebung, von Entwicklungen in der Biomedizin, der Reproduktionstechnologien und der pharmazeutischen Industrie ebenso wie von zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen und sozialen Bewegungen wie Frauen-, Lesben-/Schwulen- und queer-Bewegungen. Die Entwicklung individuellen Begehrens und der Wahlfreiheit ist deshalb zu jedem Zeitpunkt geprägt durch den jeweiligen Kontext, soziale Beziehungen und die Wechselwirkung zwischen politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen. So hat zum Beispiel seit den 1970er Jahren die biomedizinische Forschung zusammen mit der pharmazeutischen und Fortpflanzungsindustrie neue Möglichkeiten und damit auch neue Bedürfnisse geschaffen, um Fortpflanzung zu managen und Unfruchtbarkeit zu überwinden. Barbara Orland hat gezeigt, dass die Entwicklung der In-vitro-Fertilisation (IVF), der Befruchtung im Reagenzglas, mit einer Wiederentdeckung von Unfruchtbarkeit und ihrer Entfatalisierung und Entnaturalisierung

---

20 Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Perspektiven der AfD, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

21 Als 1960 in Brasilien eine Landreform diskutiert wurde, gründete der katholische Politiker Plinio Correa de Oliveira die Sociedade Brasileira de Defesa da Tradição, Família e Propriedade, die sich von der lateinamerikanischen Befreiungstheologie distanzierte. Die deutsche Dependance heißt «Deutsche Vereinigung zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum» (TFP), und ihre zentrale Aktion ist «Das Herz Jesu Apostolat – für die Zukunft der Familie».

einherging.<sup>22</sup> In Süd- und Ostasien haben sich Praktiken der vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung entsprechend dem – preislich erschwinglichen – Angebot biomedizinischer Technologien ausgebreitet. Dies führte zu einer technischen Normalisierung von Geschlechtsbestimmung, zu häufigeren Femiziden und einem verzerrten Geschlechterverhältnis in Ländern mit starker Präferenz für Söhne. Um es mit Amartya Sens Worten zu sagen: Heute fehlen in Asien 117 Millionen Frauen.

Andererseits haben Reproduktionstechnologien einen ambivalenten Charakter und enthalten widersprüchliche Optionen. Karrierefrauen können Schwangerschaft und Geburt mithilfe von Social Freezing oder durch eine Leihmutter verschieben und sehen dies als eine Chance für selbstbestimmte Lebensplanung und Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt und in Führungspositionen. Die Forschungen über anscheinend krebserzeugende Gene nahmen einige Frauen zum Anlass, sich für die Entfernung ihrer Eierstöcke oder Brüste als Krebsprophylaxe zu entscheiden. Dadurch wird das Prinzip medizinischer Prävention in den Bereich von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung verschoben.

Für eine Emanzipation von Transgender oder Intersex-Personen eröffnen pharmakologische und chirurgische Eingriffe in den Körper die Möglichkeit, differenzierte individuelle Bedürfnisse, Gestaltungswünsche gegenüber Körper, Sexualität und Fortpflanzung und Definitionen einer eigenen Geschlechteridentität technisch zu realisieren. Die Ambivalenz der Technologien zeigt sich aber auch darin, dass ähnliche Hormonbehandlungen und Operationen häufig zwangsweise bei Intersex-Personen angewendet werden, um sie an hegemoniale binäre Geschlechternormen anzupassen und eine Zuordnung zu einem der beiden Standardgeschlechter möglich zu machen. (Und auch für Trans-Menschen können operative Angleichungen des Körpers Zwang sein, um das Recht zu erlangen, die eigene geschlechtliche Identität zu leben.)

Als Zwangs- und gewaltförmige Maßnahmen konterkarieren die medizinischen Eingriffe die Freiheit von Trans\*- und Intersex-Personen, sich nicht den Normen, Standards und Eingriffen von außen zu unterwerfen und eine selbstbestimmte Identität in einem nicht-vereindeutigten Körper zu leben.

In den Mittelschichten wird der Körper nicht mehr als eine unveränderbare biologische Einheit betrachtet, sondern als Teil individueller Subjektivität, die durch kosmetische und reproduktive Chirurgie entsprechend individueller Wünsche und Bedürfnisse geformt und transformiert werden kann. Sich aus der Ausgeliefertheit an den eigenen Körper zu befreien, ist nicht nur Ausdruck der westlichen Moderne, sondern auch Modernisierungselement in leistungsbesessenen Ländern im Süden wie Südkorea und China. Rio de Janeiro ist die Welthauptstadt der kosmetischen Chirurgie.

Angela McRobbie demontiert jedoch diese Illusion großer neuer Freiheiten, indem sie zeigt, wie die freie Entscheidung junger Frauen, ihren nicht perfekten Körper, Sexualität und Schönheit zu gestalten, zu korrigieren und zu optimieren, neue Formen der Unterwerfung unter fremdbestimmte Ideale und marktgesteuerte

---

22 Orland, Barbara (2001): Spuren einer Entdeckung. (Re-)Konstruktion der Unfruchtbarkeit im Zeitalter der Fortpflanzungsmedizin, in: *Gesnerus* 58, 5–29

Normen erzeugt. Das scheinbar machtverleihende «Ja, du kannst!» verwandelt sich in «Ja, du musst», also in neue Zwangsverhältnisse.<sup>23</sup> Im Prozess der neoliberalen Transformation des Sozialstaates und des Entwicklungsstaates sowie des Sozialabbaus übernehmen die Individuen Verantwortung für ihre Gesundheit, ihre Ernährung, körperliche und geistige Fitness und Anpassungen an neue Umgebungen und Anforderungen. Nancy Fraser argumentiert, dass dies im postfordistischen Kapitalismus zu einer bizarren Übereinstimmung zwischen neoliberalen marktförmigen Zielen einerseits und feministischen emanzipationsgerichteten Zielen andererseits führt, wie Selbstbestimmung, Autonomie und Unabhängigkeit.<sup>24</sup>

Frauenbewegungen und feministische Diskurse sind nach wie vor gespalten, wenn es um Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Körper, Sexualität und Fortpflanzung geht. Zwar stellt das Postulat der Freiheit von Gewalt, Zwang und Unterdrückung einen Konsens dar. Doch aktuelle Debatten gehen gerade aus postkolonialer Perspektive stärker auf Ambivalenzen und Widersprüche ein:

- Inwieweit sind Frauen, die Objekt männlicher Kontrolle und patriarchaler Unterwerfung sind, zur gleichen Zeit Handlungssubjekte, die für sich selbst entscheiden?
- Inwieweit lässt sich angesichts der Tatsache, dass jeder Mensch in einem Geflecht sozialer Beziehungen existiert und sowohl in materielle Strukturen als auch in Gefühle der Zugehörigkeit, in Abhängigkeiten, symbolische Ordnungen und normative Regime eingebunden ist, überhaupt von Wahlfreiheit, Autonomie und Selbstbestimmung sprechen?
- Wie wird das Verhältnis zum eigenen Körper konstruiert? Besitzen wir unseren Körper? Oder sind wir unsere Körper?<sup>25</sup>

Das Prinzip der Wahlfreiheit in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte basiert auf der Annahme, dass der Körper persönliches Eigentum ist. «Mein Bauch gehört mir!» war der zentrale Slogan der europäischen Frauenbewegungen in ihrem Kampf für die Legalisierung von Abtreibung. Das Konzept des Privateigentums bedeutet, dass die Eigentümer\_in frei wählen und verfügen kann, Entscheidungsbefugnis über die Nutzung ihres Körpers hat und entsprechend auch einen Vertrag über die Spende, Vermietung oder den Verkauf von Teilen ihres Körpers auf der Basis «informierter Zustimmung» abschließen kann.<sup>26</sup> Gemäß des Eigentumskonzepts werden Frauen als Handlungssubjekte betrachtet, die ihr Leben in die eigenen Hände

23 McRobbie, Angela (2010): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*, Wiesbaden

24 Fraser, Nancy (2009): *Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8, 43–57

25 Mies, Maria (1986): *Reproduktionstechnik als sexistische und rassistische Bevölkerungspolitik*, in: *DIE GRÜNEN im Bundestag/AK Frauenpolitik Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Köln* (Hg.): *Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik*, Köln, 44–49

26 Gehring, Petra (2006): *Was ist Biomacht? Vom zweifelhaften Mehrwert des Lebens*, Frankfurt; Petchesky, Rosalind (1995): *The body as property: A feminist revision*, in: Ginsburg, F./Rapp, R. (eds): *Conceiving the New World Order*, Berkeley, 387–406

nehmen und an Kontrolle gewinnen, sowohl die Frauen, die sich für die Nutzung von Reproduktionstechnologien entscheiden oder eine Leihmutter anheuern, um ein Kind zu bekommen, Frauen, die Eizellen spenden oder ihren Uterus anbieten, um ein Kind für jemand anderes austragen, oder sexuelle Dienstleisterinnen.

Das Konzept der individuellen Wahlfreiheit und Autonomie verschleiert jedoch die ungleichen sozialen Beziehungen, in denen solche Entscheidungen getroffen werden. Zugang zu kommerziellen Dienstleistungen der Reproduktionsindustrie ist abhängig von der Kaufkraft der globalen Mittel- und Konsumklassen. Verträge zwischen ungleichen Partnern verstärken eher soziale Ungleichheiten, als dass sie diese überwinden würden. Um dem Vorwurf der Ausbeutung entgegenzuwirken, verwenden Reproduktionskliniken in Indien den Begriff «informierter Zustimmung» und betonen, dass Leihmütter und ihre Ehemänner von den Ärztinnen und Ärzten über das Verfahren informiert werden, so dass sie selbstbestimmt entscheiden können, ob sie einen Vertrag machen. Aufgrund der Wissenslücke zwischen der Leihmutter und den Ärztinnen und Ärzten wie auch aufgrund des Armutshintergrunds der Leihmutter ist jedoch Wahlfreiheit ein völlig abstraktes Konzept. Auch die Idee eines Kontrollgewinns über den eigenen Körper verdunstet, wenn Gewebe und Zellen in Kühlschränken oder Banken z.B. jenseits aller Kontrolle der Spenderin aufbewahrt werden, wenn eine Leihmutter eine Fehlgeburt hat oder eine Sexarbeiterin Gewalt durch ihre Kunden erfährt. Damit stellt sich die Frage, ob freie Wahl nur eine Illusion und inwieweit Selbstbestimmung ein Fetisch der modernen kapitalistischen Gesellschaften ist.

Der Begriff von Arbeit wird als Konzept benutzt, um die Handlungsfähigkeit von Frauen darzustellen und ein Versuch, Ausbeutung und Selbstbestimmung in der Reproduktionsindustrie in Beziehung zu setzen. Waldby und Cooper nennen die Bereitstellung von Eiern und anderen biologischen Substanzen für die biomedizinische Forschung oder die Fortpflanzungsindustrie «klinische» und «regenerative» Arbeit.<sup>27</sup> Arlie Hochschild bezeichnet die Bemühungen der Leihmütter, ein gesundes Baby zu erzeugen und die Trennung vom Kind unmittelbar nach der Geburt zu akzeptieren als «emotionale Arbeit».<sup>28</sup> Die Verwendung des Konzepts produktiver Arbeit in diesem Kontext legitimiert Forderungen nach Rechten und sozialer Sicherheit der Reproduktionsarbeiterinnen. Diese Forderungen geraten jedoch in das moralische Dilemma, dass diese Formen von Frauenarbeit im stereotypen Widerspruch von Heiliger und Hure angesiedelt werden. Einerseits wird die Arbeit einer Leihmutter

---

27 Waldby, Catherine/Cooper, Melinda (2008): The Biopolitics of Reproduction. Post-Fordist Biotechnology and Women's Clinical labour, in: *Australian Feminist Studies* 23(55), 57-74; Waldby, C/Cooper, M (2010): From Reproductive Work to Regenerative Labour: The Female Body and the Stem Cell Industries, in: *Feminist Theory*, Vol 11 No 1, 3-22

28 Hochschild, Arlie (2012): The Back Stage of Global Free Market Nannies and Surrogates, in: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen*, Wiesbaden, 1125-1138

assoziiert mit Selbstaufopferung, der Geschenkökonomie und der Hilfe für eine andere Frau. Andererseits hat sie auch starke Konnotationen mit Prostitution.<sup>29</sup>

Zusätzlich trägt der Begriff der Arbeit den neuen Subjektpositionen Rechnung, die in jüngster Vergangenheit durch veränderte Reproduktionsbeziehungen und durch neu konfigurierte Bedürfnisse, Interessen und Wünsche entstanden sind. Einige Leihmütter in Indien sind stolz auf die Produktivkraft ihres Körpers, und entscheiden, ihn ein zweites oder sogar drittes Mal als Ressource zu nutzen, um Einnahmen zu erwerben und damit auch aus ihrer reproduktiven Rolle in der häufig despotisch-patriarchalen Familie auszubrechen. Auch wenn dies nicht eine Auflösung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung oder ein «undoing gender», also eine Transformation der bestehenden Geschlechterordnung darstellt, erfahren viele Leihmütter kurzfristig mehr Anerkennung von ihrer Familie und ein Empowerment als Handlungssubjekte, weil sie zu Familienernährerinnen werden.

Ein weiteres Beispiel für neue Subjektivitäten sind junge Paare in den Megastädten Chinas: Nachdem die städtische Bevölkerung drei Jahrzehnte lang zu Ein-Kind-Familien gezwungen wurde, ignorieren sie die jüngste Aufforderung der chinesischen Führung, zwei Kinder zu bekommen, weil dies ihrer eigenen Lebensplanung widerspricht. In Deutschland wehren sich Sexarbeiter\_innen gegen eine Novellierung des liberalen Prostitutionsgesetzes, dem Beihilfe zum Menschenhandel vorgeworfen wird. Sexarbeiter\_innen – in Deutschland, Osteuropa und anderen Ländern – wollen, dass Sexarbeit als freiwillige Berufstätigkeit anerkannt wird und ihre Freier nicht verfolgt werden.

## 2.4 Universal, aber nicht uniform; kontextualisiert, aber herrschaftskritisch

Damit sexuelle und reproduktive Rechte, die als Menschenrechte formuliert sind, tatsächlich umgesetzt werden, müssen sie in nationale Gesetze und Politiken übersetzt und von «soft law», also weichen, nicht justiziablen Regelungen in rechtlich verbindliche Regeln verwandelt werden. Nationalstaaten sind verantwortlich, die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen herzustellen, in dem die Rechte aller Bürger\_innen als Rechtsträger\_innen anerkannt, geschützt und umgesetzt werden. Allerdings geraten Menschenrechte durch den Prozess des «Travelling, Translating, Transplanting» (Edward Said)<sup>30</sup>, des Reisens, Übersetzens, Übertragens in andere Kontexte, in ein Spannungsverhältnis zu lokal oder regional wirkmächtigen Rechts- und Regelsystem, die auf staatlichen Gesetzen, religiösen Vorschriften,

---

29 Pande, Amrita (2009): Not an «angel», not a «whore». Surrogates as «dirty» workers in India, in: *Indian Journal of Gender Studies*, June 2009 (16), 141–173; Pande, Amrita (2010a): «At least I Am Not Sleeping with Anyone»: Resisting the Stigma of Commercial Surrogacy in India, in: *Feminist Studies*, 36 No 2, 292–312; Pande, Amrita (2010b): Commercial Surrogacy in India: Manufacturing a Perfect «Mother-Worker», in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, Vol 35, No 4

30 Ehrmann, Jeanette (2009): Travelling, Translating and Transplanting Human Rights. Zur Kritik der Menschenrechte aus postkolonial-feministischer Perspektive, in: *Femina Politica*, 2/2009, 84–95

Sitten, traditioneller Rechtsprechung, symbolischen Ordnungen und gruppenspezifischer Moral basieren. Diese schreiben Geschlechtern und Sexualität unterschiedliche Bedeutungen auf einer Bandbreite zwischen autoritär rigiden Festschreibungen und flexiblen gelebten Ausdeutungen zu.

In Südostasien zum Beispiel besteht keine starre Grenzziehung zwischen den zwei hegemonialen Geschlechtern. Sogenannte «Ladyboys» haben einen Platz im gesellschaftlichen Alltag. In Südasien gibt es ein drittes, gesellschaftlich akzeptiertes Geschlecht, die «hijras»<sup>31</sup>. Trotz der Akzeptanz sind diese Grenzzonen auch Bereiche von sozialer und ökonomischer Ungleichheit, von Diskriminierung und Gewalt.

Wegen dieser unterschiedlichen Kontexte sind – aus einer Gerechtigkeitsperspektive betrachtet – Menschenrechte mit ihren universellen normativen Geltungsansprüchen nicht einheitlich oder mechanisch umsetzbar. Vielmehr gehört die Einlösung sexueller und reproduktiver Rechte zu einer sozialen Gerechtigkeitsagenda, die soziale Ungleichheiten zu reduzieren und zu überwinden versucht. So müssen Menschenrechte in Politiken und Maßnahmen übersetzt werden, die auch speziellen Bedürfnissen gerecht werden, sozial ausgleichen oder umverteilen, indem sie statt Gleichbehandlung besondere Schutzmaßnahmen und positive Diskriminierung für arme, verletzte und Minderheitengruppen beinhalten.

Feministinnen aus dem Norden und dem Süden haben im vollen Bewusstsein des langjährigen Streits zwischen Universalismus und Kulturrelativismus und mit der Absicht, die globale mit der lokalen Ebene zu verschränken, vier ethische Prinzipien identifiziert, die als Leitlinien für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte verwendet werden können: körperliche Unversehrtheit, persönliche Würde, Gleichheit und Vielfalt.<sup>32</sup> Um eine Brücke zwischen unterschiedlichen, ja konträren Positionen und Perspektiven zu schlagen, müssen diese ethischen und normativen Prinzipien kontextualisiert werden, ohne dass sie dabei ihre herrschafts- und gleichheitskritischen Potenziale verlieren.

**31** Syed, Renate (2015): Hijras. Das dritte Geschlecht in Indien und Pakistan, Kindle edition

**32** Correa, Sonia/Petchesky, Rosalind (1993): Reproductive and sexual rights: a feminist perspective. In: Sen, Gita/Germain, Adrienne/Chen, Lincoln (eds): Population policies reconsidered: health empowerment and rights, Boston, 107–123

# 3 Biopolitik und Biomacht

Nationalstaaten haben ein Interesse, die Bevölkerung innerhalb der Staatsgrenzen zu kontrollieren und zu regulieren. Andererseits stehen Regierungen in der Pflicht, die Rechte der Staatsbürger\_innen, einschließlich ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu achten, zu schützen und umzusetzen. Der französische Philosoph Michel Foucault bezeichnet die Herrschaftstechniken und Strategien des Regierens, die darauf abzielen, Körper, die Gesundheit und das Leben einer ganzen Bevölkerung durch die Regulierung der Fortpflanzung, Fruchtbarkeit und Mortalität zu steuern und zu kontrollieren als Biopolitik. Als Bevölkerungspolitik, Gesundheits-, Sozial- oder Steuerpolitik greifen Biopolitiken tief in soziale Praktiken, in die symbolische und kulturelle Ordnung sowie in die Intimität der Reproduktion ein. Sie regeln Wohnen und Mobilität durch Siedlungs-, Urbanisierungs- und Umsiedlungsprogramme, Asyl- und Migrationspolitik und ethnische Säuberung. Die in verschiedenen Biopolitiken ausgeübte Biomacht des Staates konstruiert und restrukturiert soziale Verhältnisse in ständiger Wechselwirkung mit sozialen, religiösen und politischen Kräften und prägt individuelle Bedürfnisse, Begehren und Lebensweisen. Biopolitiken und Biomacht stellen die zweite der drei Machtfelder dar.

Foucault betont, dass beide, Biopolitik und Biomacht, durch disziplinierende Politik und durch Selbstregulierung einschließlich Praktiken der Selbstoptimierung funktionieren, d.h. ihre Grundlage ist eine Kombination von Zwangsmaßnahmen und gesellschaftlicher Zustimmung. Auf diese Weise spiegeln Biopolitiken Machtverhältnisse oder Machtkämpfe in den Gesellschaften und vermitteln zwischen unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen. Daher ist es entscheidend, welchen Einfluss demokratische Mechanismen, soziale Ausgleichs- und Gerechtigkeitsprinzipien auf Biomacht, staatliche Daseinsvorsorge und wohlfahrtsstaatliche Strukturen ausüben können.<sup>33</sup>

Aus der Perspektive der Individuen als Rechtsträger sind Achtung, Schutz und Einlösung von sexuellen und reproduktiven Rechten durch den Staat eine wichtige Komponente für die Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat und für das Gemeinwohl. Für soziale Gerechtigkeit und ein «gutes Leben» für alle ist es ausschlaggebend, ob Gesetzgebung und öffentliche Politik Rahmenbedingungen herstellen, damit individuelle und kollektive Ansprüche erfüllt werden, notwendige Ressourcen zugänglich sind und Geschlecht, Klasse und andere soziale Unterschiede Berücksichtigung finden.

**33** Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Vorlesungen am Collège de France 1977–87, Frankfurt; Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*, Vorlesungen am Collège de France 1978–79, Frankfurt

### 3.1 Biopolitik und Bevölkerungskontrolle

Die Konzepte der reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte wurden in den 1980er Jahren von Frauen- und Gesundheitsnetzwerken als Gegenagenda zum Diskurs zur «Überbevölkerung» im Süden entwickelt. Die vermeintliche Bedrohung durch eine «Bevölkerungsexplosion» war in den USA auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges konzipiert worden, als die Furcht vor sozialen Revolten und kommunistischem Widerstand vor allem in Lateinamerika wuchs. Dabei wurden das Bevölkerungswachstum und die unkontrollierte Fruchtbarkeit der Frauen für «Unterentwicklung», Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit verantwortlich gemacht. Diese neomalthusianische Logik<sup>34</sup> hatte zahlreiche zwangs- und gewaltförmige Bevölkerungskontrollprogramme zur Folge, die durch Organisationen der Vereinten Nationen, die Weltbank und USAID, unterstützt durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung, dem sogenannten «Bevölkerungsestablishment», in Kooperation mit vielen nationalen Regierungen und internationalen Organisationen durchgeführt wurden.<sup>35</sup> Pharmaunternehmen wurden wichtige Akteure für die Entwicklung von Verhütungsmethoden.

Frauenkörper waren das Hauptziel von Familienplanungsprogrammen. Aus der Bevölkerungskontrollperspektive wurde eine hohe Geburtenquote zum Indikator für Frauenunterdrückung wie auch für traditionelle, «unterentwickelte» Gesellschaften schlechthin gemacht. In der demografischen Logik des Zuviel-Zuwenig sind es immer die Anderen, deren Fortpflanzung kontrolliert werden muss. Demografische Maßnahmen, gleich ob durch ausländische Geber im Rahmen der Entwicklungshilfe oder als nationale Programme ausgeführt, beinhalten stets quantitative und qualitative Komponenten. Familienplanungsprogramme zielen vor allem auf arme, sozial schwache Klassen und als niedrig definierte Kasten, Indigene, Zugewanderte und ethnische Minderheiten. Dadurch bekommen Mechanismen von Exklusion, Inklusion und eugenischer Selektion Vorrang vor sozialen und kulturellen Normen sowie vor der Gesundheit und den Rechten der Frauen. Diese Strategien führen zu einer sozialen Differenzierung und Schichtung der Reproduktion, die schließlich eine neue Weltordnung der Fortpflanzung zum Resultat hat.<sup>36</sup>

Die Gleichgültigkeit gegenüber der körperlichen Integrität und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen manifestiert sich in langzeit- und serviceabhängigen Methoden der Geburtenkontrolle wie Sterilisation, Injektionen und Implantate, die

34 Neomalthusianische Ansätze sind eine Wiederauflage der Verelendungstheorie des englischen Sozialforschers Thomas Malthus, der Ende des 18. Jh. einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsgröße und Hunger, Armut und mangelnder wirtschaftlicher Entwicklung behauptete, weil die Bevölkerung exponentiell wächst, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear.

35 Hummel, Diana (2000): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Frankfurt; Schultz, Susanne (2003): Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernamentalität, in: *Peripherie* 92, 452–481

36 Wichterich, Christa (Hg.) (1994): Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen; Ginsberg, Faye/Rapp, Rayna (eds.) (1995): *Conceiving the New World Order*, Berkeley



die Frauen nicht selbständig kontrollieren können und oft mit hohen Gesundheitsrisiken einhergehen. Das zeigt, dass die Entwicklung von Kontrazeptiva stärker durch politische und kommerzielle Interessen als durch die Bedürfnisse der Frauen bestimmt wird. Pharma-Multis, insbesondere die Marktführer Pfizer, Merck, Johnson & Johnson und Teva, machten damit riesige Gewinne.

In den 1990er Jahren wuchs die Kritik an Zwangs- und Gewaltmaßnahmen zur Durchsetzung von Bevölkerungs- und Fertilitätskontrolle wie die Sterilisationscamps in Indien, die Ein-Kind-Familie in China, Verknüpfung der Kreditvergabe an Bedingungen und Druckausübung durch die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds.<sup>37</sup> Antiimperialistische und feministische Organisationen der Zivilgesellschaft stellten dem Diskurs zur Überbevölkerung einen Gegendiskurs zu Überkonsum im Norden mit seinen zerstörerischen Auswirkungen auf den Planeten und die Ressourcen entgegen.

Konfrontiert mit dieser Kritik änderte das oben erwähnte Bevölkerungs-Establishment seine Strategien und Konzepte zur reproduktiven Gesundheit. Familienplanungsprogramme wurden nun durch das Konzept «sicherer Mutterschaft», durch die Unterstellung «unerfüllter Bedürfnisse» der Frauen und mit dem «Cafeteria-Ansatz» legitimiert, der Frauen und Paaren vorgeblich eine Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Methoden und Verhütungsmitteln eröffnet, als seien sie in einem Supermarkt. Zusätzlich versuchten Programme, Männer zu erreichen. Die neue Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Frauen an reproduktiver Gesundheit wurde von Frauenorganisationen aus dem Norden und Süden begrüßt und mit dem Frauenrechtsparadigma verknüpft. Vor der Bevölkerungskonferenz von Kairo führte dies zu dem neuen Konsens über reproduktive Rechte.<sup>38</sup>

Nach der Kairoer Konferenz übernahmen Entwicklungs-, Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik die Rhetorik von Menschenrechten und des Empowerment von Frauen.<sup>39</sup> Das weckte Hoffnungen, dass Programme nun bedürfnis- und basisorientierter sein würden statt autoritär von oben nach unten verordnet. In vielen Ländern wurde jedoch in der Bevölkerungspolitik – zusätzlich zur HIV/AIDS-Behandlung mit retroviralen Medikamenten – der enge Fokus auf Schwangerschaft und Geburt wieder aufgenommen. Familienplanungsprogramme von oben herab wurden fortgesetzt, die Prinzipien von Wahlfreiheit und informierter Zustimmung erneut missachtet und damit Familienplanung Vorrang eingeräumt gegenüber reproduktiver

---

37 Hartmann, Betsy (1995): *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*, Boston; Heim, Susanne/Schatz, Ulrike (1996): *Berechnung und Beschwörung – Überbevölkerung. Kritik einer Debatte*, Berlin

38 German, Adrienne/Chen, Lincoln (1994): *Population Policies Reconsidered. Health, Empowerment and Rights*, Boston; Correa, Sonia/DAWN (1994): *Population and Reproductive Rights. Feminist Perspectives from the South*, London/New Jersey/New Delhi

39 Deuser, Patricia (2010): Genderspezifische Entwicklungspolitiken und Bevölkerungsdiskurse: Das Konzept der «Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte» aus postkolonialer Perspektive, in: *Peripherie* 120, 427–451

Gesundheit und reproduktiver Gesundheit gegenüber Basisgesundheitsversorgung.<sup>40</sup> In Indien zum Beispiel wurden die an quantitativen Zielvorgaben orientierten und durch Anreizsysteme für Verwaltungs- und medizinisches Personal gesteuerten Maßnahmen wie Laparoskopie-Camps niemals aufgegeben. Die Fujimori-Regierung in Peru sterilisierte zwischen 1996 und 1998 unter IWF-Druck 300.000 überwiegend indigene Frauen – mit tödlichem Ausgang für mindestens 20 Frauen.

Allerdings war Bevölkerungskontrollpolitik aufgrund konkurrierender moralischer Positionen und sozialer Normen auch immer umstritten. Ein Beispiel ist die Global Gag Rule<sup>41</sup>, die zweimal von US-Regierungen angewandt wurde: zunächst von der Reagan-Regierung bei der Bevölkerungskonferenz in Mexiko 1984, dann 2001 von der Bush-Regierung. Die Global Gag Rule bedeutet, dass Organisationen der Entwicklungshilfe nur unter der Bedingung Gelder bekommen, dass sie Abtreibung weder durchführen noch unterstützen oder öffentlich befürworten. Diese Knüpfung der Mittelvergabe an Bedingungen zeigt, dass innenpolitisch relevante, zivilgesellschaftliche Kräfte wie Lebensschützer außen- und geopolitische Interessen wie Bevölkerungskontrolle im Süden beeinflussen können.

Da neoliberale Sparmaßnahmen zu sinkenden öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen führen, spielen privatwirtschaftliche Stiftungen, allen voran die Bill und Melinda Gates-Stiftung, eine immer wichtigere Rolle als Geldgeber. Zusammen mit der britischen Regierung organisierte die Gates-Stiftung 2012 in London einen «Gipfel» zur Familienplanung mit dem Fokus auf dem Recht von Frauen, «frei zu entscheiden». Es wurde als Durchbruch für Geburtenkontrolle gefeiert, dass die Stiftung dort 1 Milliarde US-Dollar bereitstellte, und zwar vor allem für Langzeitverhütungsmittel, nämlich die neue Generation von Injektionen (Depo Provera), die leicht von Gesundheitshelfer\_innen im Dorf oder von den Frauen selbst gespritzt werden können, und für Jadelle, das Nachfolgepräparat des Implantats Norplant II, das von Bayer Healthcare hergestellt wird. Die Nebenwirkungen der beiden Produkte sind weithin bekannt. Gegen Bayer Healthcare laufen bereits Tausende Klagen wegen Thrombose, die seine Anti-Baby-Pillen Yasmin und Yaz (Umsatz 2012: mehr als 1,3 Milliarde US-Dollar) auslösen. Anti-Baby-Pillen werden oft als Lifestyle-Produkte zur Gewichtsreduktion und Bekämpfung von Akne beworben. Gleichzeitig behauptet Bayer, dass seine Medikamente die Mütter- und Kindersterblichkeit reduzieren und der Konzern somit zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen würde.

---

40 Hartmann, Betsy (2002): The Changing Faces of Population Control, in: Silliman, Jael/Bhattacharjee, Anannya (eds.): Policing the National Body. Race, Gender and Criminalization, Cambridge, 231–258; Nair, Sumati/Sexton, Sarah/Kirbat, Preeti (2006): A Decade after Cairo. Women's Health in a Free Market Economy, in: *Indian Journal of Gender Studies*, Vol 13 No 2, 171–193

41 Gag Rule – «man spricht nicht darüber»

Die 20-Jahre-Bilanz des Aktionsprogramms von Kairo fasst die Erfolge und Defizite der Bevölkerungsprogramme zusammen.<sup>42</sup> Seit den 1960er Jahren sind die Geburtenraten schneller als erwartet gesunken, von einem Durchschnitt von 5 auf 2,5 Kinder im Jahr 2010. Die Sub-Sahara-Länder bilden eine regionale Ausnahme, da sie weiterhin unvermindert hohe Geburtenraten von zwischen 4 und 6 Kindern haben. In 75 Ländern, unter anderem in Ostasien und Osteuropa ist die Geburtenrate unter das Reproduktionsniveau gefallen. Einige Entwicklungsländer stehen bereits wie die Industrieländer vor den Problemen einer alternden Bevölkerung. Insgesamt wächst jedoch die Weltbevölkerung weiterhin, seit der Kairoer Konferenz um mehr als 2 Milliarden Menschen.

Weiterhin wird eine positive Korrelation zwischen Geburtenkontrolle, Gesundheit und dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts behauptet oder kurz: weniger Kinder, mehr Wohlstand. Das Narrativ, dass Bevölkerungswachstum die Ursache von Arbeitslosigkeit, Ressourcenverbrauch, Nahrungsmittelknappheit, Treibhausgasemissionen, Migration und mangelndem Wirtschaftswachstum sei, wird immer wieder revitalisiert. In Deutschland entdecken zum Beispiel das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung und die Stiftung Politik und Wissenschaft das Thema immer wieder neu. Jetzt wird das Scheitern der Millenniumsziele mit dem Bevölkerungszuwachs begründet und daraus die Notwendigkeit abgeleitet, die Thematik in die SDGs aufzunehmen.<sup>43</sup> Im Fokus steht immer wieder die Frage, wie sich Fortpflanzung und Kinderwunsch steuern lassen, vor allem in Sub-Sahara-Afrika, wo trotz gestiegenen Bildungsniveaus der Frauen und trotz ökonomischen Wachstums der Kinderwunsch nachhaltig hoch ist.<sup>44</sup>

Die Logik, dass die Lösung verschiedener komplexer Probleme im Management weiblicher Fruchtbarkeit liegt, hat trotz aller Rhetorik nichts mit reproduktiven Frauenrechten zu tun – im Gegenteil. Zwar wird in diesem Kontext häufig auf das Frauenrecht auf Bildung verwiesen und unterstellt, dass Bildung die Lebensplanungen und den Kinderwunsch von Frauen beeinflusst. Neben der Politisierung von Religion in islamistischen Regimen haben eine Reihe Regierungen von den Philippinen bis Nicaragua Allianzen mit konservativen und fundamentalistischen Christen geschmiedet, um die Liberalisierung von Abtreibungsverboten und den Zugang zu Kontrazeptiva zu verhindern. In einer Reihe von Ländern signalisieren häufige Teenager-Schwangerschaften und HIV-Infektionen einen Mangel an

---

**42** UN Women (2014): The World Survey on the role of women in development 2014: Gender equality and sustainable development, New York, 77-90, [www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2014/unwomen\\_surveyreport\\_advance\\_16oct.pdf](http://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2014/unwomen_surveyreport_advance_16oct.pdf)

UN (2014): Framework of Actions for the follow up to the Programme of Action of the International Conference on Population and Development Beyond 2014, New York [http://icpd-beyond2014.org/uploads/browser/files/93632\\_unfpa\\_eng\\_web.pdf](http://icpd-beyond2014.org/uploads/browser/files/93632_unfpa_eng_web.pdf)

**43** Herrmann, Michael (2015): Consequential Omissions, Berlin [www.berlin-institut.org/publikationen/studien/consequential-omissions.html](http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/consequential-omissions.html)

**44** Angenendt, Steffen/Popp, Silvia (2014): Bevölkerung, Fertilität und Kinderwunsch. Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Sub-Sahara-Afrikas, SWP, Berlin, [www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/bevoelkerungsdynamik\\_in\\_subsahara\\_afrika.html](http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/bevoelkerungsdynamik_in_subsahara_afrika.html)

Sexualaufklärung, der Resultat biopolitischer Machtspiele ist. Dadurch geraten reproduktive Frauenrechte zwischen die beiden Fronten erstarkender neokonservativer und religiös fundamentalistischer Positionen einerseits und neomalthusianischem Denkens andererseits.

## 3.2 Biopolitik, pro-natalistische und heteronormative Maßnahmen

Während Biopolitik im Süden stark durch anti-natalistische Maßnahmen gekennzeichnet ist, dominieren im Norden pro-natalistische Politiken. In den OECD-Ländern hat ein demografischer Wandel mit sinkenden Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und einer wachsenden älteren Bevölkerung die Angst vor einem Arbeitskräftemangel, einem Rückgang der steuerzahlenden, wirtschaftlich aktiven Bevölkerung und der Pflegebedürftigkeit älterer Menschen geschürt. Zusätzlich wird die Befürchtung heraufbeschworen, dass die weiße Mehrheitsbevölkerung langsam aussterben oder eine Minderheit gegenüber einer zugewanderten Mehrheit werden könnte.

Diese Diskurse haben pro-natalistische Familien-, Sozial- und Steuerpolitiken im Norden befeuert. Während Biopolitik im Süden die Verantwortung und Wahlfreiheit von Frauen dahingehend definiert, dass sie die Möglichkeiten wahrnehmen sollen, zu verhüten und ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, wird Verantwortung für das Gemeinwohl im Norden als Aufgabe definiert, zur Steigerung der Geburtenrate beizutragen. Eine breite Palette politischer Maßnahmen sollen die Fortpflanzungspraktiken beeinflussen: monetäre Anreize und Subventionen pro Kind; das Versprechen oder die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern; Elternzeit, insbesondere Väterzeit neben der Mütterzeit; kostenlose Gesundheitsversorgung und Zugang zu Reproduktionstechnologien als kassenärztliche Leistungen, positive Diskriminierung und Steuerbefreiungen. Um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken, bietet der Freistaat Sachsen verheirateten Bürgerinnen und Bürgern hohe Zuschüsse bei Mehrfachversuchen der In-vitro-Fertilisation an. In Deutschland schlagen auch pro-natalistische Kräfte immer wieder vor, Sondersteuern für kinderlose Paaren einzuführen. Abtreibung ist immer noch nicht legalisiert.

Pro-natalistische Maßnahmen haben in Deutschland allerdings nicht zu einer Steigerung der Geburtenrate geführt. Auch in Schweden ist das Bevölkerungswachstum trotz langjähriger familien- und kinderfreundlicher Politik vor allem auf Einwanderung zurückzuführen.<sup>45</sup> Dagegen hat die pro-natalistische Politik in Frankreich tatsächlich positive Auswirkungen auf die Geburtenrate. Eltern, die mehrere Kinder bekommen, werden symbolisch mit einem Orden geehrt.

Biopolitiken konstruieren reproduktive Rechte und soziale Normen oder verweigern sie. Durch die Legalisierung und finanzielle Unterstützung des Zugangs zu Reproduktionstechnologien wie In-vitro-Fertilisation oder Praena-Test konstruiert ein Staat das Recht von Paaren auf ein eigenes biologisches, gesundes Kind, normalisiert

<sup>45</sup> *Prokla* 146 (2007): «Bevölkerung» – Kritik der Demographie, Münster

reproduktionstechnische Verfahren und trägt damit zur Normierung und Standardisierung der Menschwerdung bei. So stiegen in Dänemark, nachdem der Praena-Test als kassenärztliche Leistung angeboten wurde, die Zahl der Abtreibungen wegen befürchteter Behinderungen sprunghaft an.

Im Laufe der Geschichte sind pro-natalistische Maßnahmen und ein Abtreibungsverbot häufig als Vehikel benutzt worden, um Biomacht aufzubauen und um Fortpflanzungsverhalten selektiv zu kontrollieren sowie eugenische Auslese und «Sozialhygiene» zu praktizieren. Dass die Fruchtbarkeit der Frauen und ihre Sexualität im Fokus dieser Biopolitik stehen, zeigt sich immer wieder in Kriegs- und Konfliktzeiten oder in stark nationalistischen Kontexten, wenn Frauen regelmäßig aufgefordert werden, der Nation oder Gemeinschaft zukünftige Soldaten zu gebären.

Die besondere Ausrichtung auf Akademikerinnen, die sich derzeit häufig entscheiden, kinderlos zu bleiben, zeigt, wie auch demografische Politik im Norden stets quantitative und qualitative Ziele verbindet und Kriterien von Exklusion und Inklusion beinhaltet. Biopolitische Selektion wird bei Grenzregimen wie der Festung Europa am deutlichsten, die darauf abzielen, Migrant\_innen, Flüchtlinge und Asylsuchende abzuweisen.<sup>46</sup> Aufgrund solcher Selektionsmechanismen sowohl anti-natalistischer wie auch pro-natalistischer Maßnahmen unterdrückt oder fördert Biomacht die Rechte und Freiheiten einiger Gruppen in der Gesellschaft und verstärkt soziale Ungleichheiten.

Zwar haben Staaten als Pflichtenträger die Aufgabe, sich um alle Bürger\_innen und ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu kümmern, einschließlich der Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen wie Intersex- und Transgender-Personen, die ständig von einer Stigmatisierung als abweichend bedroht sind<sup>47</sup>, wie auch behinderter Bürger\_innen, deren Rechte in der UN-Konvention zu Menschen mit Behinderungen kodifiziert sind. Doch die meisten Staaten – wie auch religiöse Institutionen – tendieren zu einer Affirmation der heterosexuellen patriarchalen Familie als zentraler Säule der sozialen Ordnung. Oft ist das Familienrecht stark von religiösen Normen beeinflusst. Die heteronormative Ordnung enthält spezifische Definitionen von Männlichkeit und Weiblichkeit, während Homosexualität, Intersex- und Transgender-Personen als eine Bedrohung für diese Ordnung gelten. Deshalb zielt Biomacht, ob sie sich nun in Gesetzgebung oder in Gewalt und Zwang artikuliert, im Namen von Stabilität auf die Regulierung und Kontrolle von sexuellen Orientierungen und Gender-Identitäten.

---

**46** Keyzers, Loes (1999): The Politics of Inclusion and Exclusion: Fortress Europe and the reproductive rights agenda, in: *Development*, Vol 42, No 1, 18–24

**47** Ghattas, Dan Christian (2013): Menschenrechte zwischen den Geschlechtern. Vorstudie zur Lebenssituation von Inter\*Personen, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung, [www.boell.de/sites/default/files/menschenrechte\\_zwischen\\_den\\_geschlechtern\\_2.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/menschenrechte_zwischen_den_geschlechtern_2.pdf)

Ein Beispiel für die drakonische Ausübung von Biomacht war in den 1950er Jahren in Großbritannien die chemische Kastration von Homosexuellen.<sup>48</sup> Heutzutage ist es die Bestrafung von Ehebruch durch Peitschenhiebe, wie die Religionspolizei in Saudi-Arabien und Iran sie ausführen. Der Vorwurf von abweichendem, d.h. ordnungsgefährdendem Verhalten wird auch für politische Machtkämpfe missbraucht. Vor kurzem benutzte zum Beispiel der oberste Gerichtshof in Malaysia den Vorwurf der Homosexualität, um Anwar Ibrahim, einen oppositionellen Politiker, zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

---

**48** Dies wurde unlängst in Großbritannien anlässlich einer posthumen Entschuldigung gegenüber dem britischen Informatiker Alan Mathison Turing diskutiert. Turing wurde 1952 trotz herausragender wissenschaftlicher Leistungen im 2. Weltkrieg – er entzifferte den Code deutscher Funkprüche und trug damit zur Verkürzung des Krieges bei – wegen Homosexualität verurteilt und chemisch kastriert.

# 4 Reproduktionstechnologien und Bioökonomie

Im Jahr 1978 markierte die Geburt von Louise Brown, dem ersten Retortenbaby, eine neue Ära der Organisation menschlicher Fortpflanzung. Das Ereignis signalisierte einen Durchbruch in der biomedizinischen Forschung und in den Reproduktionstechnologien und den Beginn einer transnationalen Industrie der Reproduktion, d.h. der Lebensproduktion. 2014 wurde das Geschäft mit künstlicher Befruchtung auf 9,3 Milliarden US-Dollar geschätzt. Ein Viertel des Umsatzes entfällt auf die notwendigen Medikamente, wobei der Pharmakonzern Merck aus Darmstadt marktführend ist.<sup>49</sup> Gegenwärtig breitet sich die kommerzielle Fortpflanzungsindustrie weiter aus, so wird z.B. In-vitro-Fertilisation in Westafrika zunehmend als Heilmittel gegen das Stigma der Kinderlosigkeit angesehen, obwohl – wie in vielen afrikanischen Kulturen – bis vor kurzem Pflegeelternschaft und Adoption als soziale Antwort auf Kinderlosigkeit weit verbreitet waren.

Biomedizinische Forschung, die Entwicklung der Reproduktionstechnologien und der Aufstieg eines kommerziellen medizinisch-pharmazeutischen Komplexes gingen Hand in Hand. Sie werden hier als dritte Machtachse skizziert, die sexuelle und reproduktive Rechte beeinflussen. Individuelle Bedürfnisse, gesellschaftliche Normen und Reproduktionspraktiken werden durch die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Rahmen der neoliberalen Globalisierung neu konfiguriert.

Forschung und klinische Tests, insbesondere In-vitro-Fertilisation, pränatale und Prä-Implantationsdiagnostik wurden in erster Linie durch den Wunsch unfruchtbarer Paare nach einem eigenen gesunden Kind ohne Behinderung legitimiert. Biotechnologien gelang es, biologisches Material wie Eizellen, Spermien und Nabelschnurblut vom Körper zu isolieren, zu teilen und im Reagenzglas neu zusammensetzen. In der Laborsituation wird der Prozess biologischer Reproduktion, der zu jedem Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte sozial und kulturell konstruiert war, auf ein bloß medizinisch-technisches Verfahren reduziert, herausgelöst aus dem menschlichen Körper und sozialen Beziehungen.

Die Abspaltung von Körpersubstanzen vom biologischen Körper und ihre Zerlegung in mikroskopisch kleine Teile sind eine Voraussetzung für ihre Kommodifizierung, die Kommerzialisierung und die Entwicklung einer transnationalen

---

<sup>49</sup> [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kuenstliche-befruchtung-das-geschaeft-mit-dem-kinderwunsch-11761361.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kuenstliche-befruchtung-das-geschaeft-mit-dem-kinderwunsch-11761361.html)

Bioökonomie mit arbeitsteiligen Dienstleistungen.<sup>50</sup> Biologische Stoffe werden in Wert gesetzt, Körper und Körperfunktionen bewirtschaftet.<sup>51</sup> Diese Bioökonomie ist ein weiteres Beispiel für die Ausdehnung der Marktlogik in Bereiche hinein, die bisher außerhalb von Wertschöpfung, Warenhandel und Akkumulation waren. Diese wachsende Ökonomisierung und Finanzialisierung der Natur, von sozialen Beziehungen und anderem Außermarktlichem sind ein Spezifikum der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus.<sup>52</sup>

## 4.1 Biomedizin, Reproduktionstechnologien und Lebenswissenschaften

Biomedizinisches Wissen und Technologien haben die Medikalisierung und technologische Vermittlung der Reproduktion und Produktion menschlichen Lebens schnell vorangetrieben. Organtransplantation, Genforschung, DNA-Analyse durch das Humangenomprojekt<sup>53</sup> und Forschung zu Klonen sind eng verflochten mit Forschung im Bereich der reproduktiven und der regenerativen<sup>54</sup> Medizin. Dabei wurde das ursprüngliche Ziel der Reproduktionstechnologien, Unfruchtbarkeit zu behandeln, zu einem breiten Fächer biomedizinischer Strategien erweitert. Dazu gehören Techniken zum Einfrieren von Spermien, Eizellen und Embryonen sowie die Leihmutterchaft, die alle die Reproduktion und die Produktion menschlichen Lebens unabhängig von (Hetero-)Sexualität und dem Reproduktionszyklus der Frau organisieren.

Kürzlich wurden die ersten Gebärmuttertransplantationen damit begründet, Unfruchtbarkeit nach einer Hysterektomie zu beseitigen, insbesondere in pronatalistischen Gesellschaften wie Pakistan.<sup>55</sup> Während pränatale Diagnostik im Rahmen der Gesundheitsvorsorge in der Schwangerschaft als eine neue soziale Norm präsentiert wurde, um ein gesundes Baby zu garantieren, werden heutzutage junge Paare dazu ermuntert, bereits vor der Eheschließung ein genetisches Screening vererbbarer Krankheiten vornehmen zu lassen.

- 
- 50 Waldby, Catherine/Cooper, Melinda (2008): The Biopolitics of Reproduction. Post-Fordist Biotechnology and Women's Clinical labour, in: *Australian Feminist Studies* 23(55), 57-74; Gupta, Jyotsna Agnihotri/Richters, Annemiek (2008): Embodied Subjects and Fragmented Objects: Women's Bodies, Assisted Reproduction Technologies and the Right to Self-Determination, in: *Bioethical Inquiry* (2008) 5, 239-249
- 51 *Das Argument* (2001): Geburt des Biokapitalismus, Heft 242; Lettow, Susanne (2015): Biokapitalismus und Inwertsetzung der Körper, in: *Prokla* 178, 33-49; Lettow, Susanne (Hg.) (2012): Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper, Bielefeld
- 52 Waldby, Catherine/Mitchell, Robert (Hg.) (2006): *Tissue Economics. Blood, Organs, and Cell Lines in Late Capitalism*, Durham/London
- 53 Das internationale Forschungsprojekt hat zwischen 1990 und 2003 das menschliche Genom vollständig entschlüsselt.
- 54 Zur Behandlung von Krankheiten beschäftigt sich regenerative Medizin mit Geweben wie Stammzellen, die sich selbst regenerieren.
- 55 Mumtaz, Zubia/Levy, Adrienne (2012): Ethics Criteria for Uterine Transplants: Relevance for Low-Income, Pronatalistic Societies? In: *Clinical Research & Bioethics*, <http://omicsonline.org/ethics-criteria-for-uterine-transplants-relevance-for-low-income%20pronatalistic-societies-2155-9627.S1-004.pdf>



Dies sind Beispiele dafür, wie Biomedizin und Biotechnologien die Grenzen von Natur und Kultur flexibilisieren und dehnen und dabei zu treibenden Kräften für die Ausformung individueller Wünsche, Bedürfnisse und Interessen für alles, was technisch möglich ist, werden. Sie fungieren als Motoren der Umgestaltung sozialer Normen im Bereich von Reproduktion und Gesundheit, der Standardisierung sozio-biologischer Prozesse und der Optimierung von Humankapital. Sie konstruieren soziale Ordnungen und Wertesysteme.

Regenerative und Reproduktionsmedizin beruhen immer auf biologischem Material und Körperteilen, insbesondere des weiblichen Fortpflanzungskörpers. Dies wirft ethische und rechtliche Fragen sowohl bezüglich des Eigentums am Körper und an vom Körper abgetrennten Organen und Substanzen auf wie auch für das Eigentum an Forschungsergebnissen, Wissen und Technologien. Darf Forschung in allgemeinem medizinischem Interesse auch jenseits der ursprünglichen Ziele und ohne Zustimmung der Spenderinnen des biologischen Materials fortgesetzt werden? Was geschieht mit «überschüssigem» Material, beispielsweise unbenutzte eingefrorene Eizellen, Spermien und Embryonen? Sind sie Allgemeingüter, die von Medizinwissenschaften und Kliniken für das Gemeinwohl genutzt werden dürfen? Oder gibt es ethische Grenzen für die medizinisch-technische Produktion des Lebens, die durch politische und gesetzliche Regelungen gesetzt werden sollten?

Lebenswissenschaften, Biomedizin und Reproduktionstechnologien, die Wissen bereitstellen und die Reproduktion und das Leben technisch-medizinisch rekonfigurieren, stellen wirkungsvolle Instrumente von Biomacht dar. Ausgehend von Kontroversen über ethische Fragen und Machtkonstellationen in unterschiedlichen Gesellschaften, formulieren Staaten Regeln und Vorschriften für Forschung, klinische Tests und die Entwicklung der biomedizinischen Wissenschaften und sichern dadurch ihre Biomacht. Für einige Staaten, z.B. Indien, ist es eine Prestigeangelegenheit, biomedizinische Wissenschaften zu fördern. Die USA unterstützen Forschung an embryonalen Stammzellen, um zukünftige Märkte abzustecken, während diese Forschung in Deutschland immer noch verboten, jedoch heftig umstritten ist. Interessant ist dabei, dass das Forschungsverbot in Deutschland den Embryo als Subjekt definiert, das entsprechende Schutzrechte genießt, und damit schwangere Frauen zum Gefäß degradiert und ihr Recht auf Abtreibung einschränkt. Dies wiederum korrespondiert damit, dass Abtreibung immer noch nicht legalisiert ist.

Feministinnen streiten seit langem über diese neue Schnittstelle zwischen biomedizinischer und technologischer Produktion und sozial-biologischer Reproduktion. Viele Feministinnen kritisieren Biotechnologie, da sie auf einem Konzept des Körpers als Maschine basiert, die demontiert werden kann, deren Teile austauschbar sind und vom Körper abgetrennt manipuliert werden können. Gena Corea befürchtete, dass Frauen in «Mutter-Maschinen» verwandelt und ihre Körper und Sexualität der Kontrolle von männlichen Wissenschaftlern und Medizingenieuren unterworfen würden. Dadurch würde auch das Erfahrungswissen von Frauen über den weiblichen Körper und die Fortpflanzung weiter abgewertet und

marginalisiert.<sup>56</sup> Dagegen warnt Donna Haraway vor den essentialistischen und naturalisierenden Elementen dieser Positionen, fokussiert auf die Verwischung der Grenzen zwischen Mensch/Tier und Maschine und rät zur kritischen Aneignung von Technik auf dem Weg zu einer genderlosen Gesellschaft.<sup>57</sup> Viele junge Feministinnen plädieren dafür, Reproduktionstechnologien als emanzipatorische Mittel zum Kontrollgewinn über Körper und Fruchtbarkeit zu nutzen, was einen kritischen Umgang mit Technik keineswegs ausschließt. Diese Perspektive wird meist von der Annahme begleitet, dass der Körper und alle seine Organe und Substanzen privates Eigentum der jeweiligen Person sind.

## 4.2 Transnationale reproduktive Märkte und Fruchtbarkeitsindustrien

Da sich die Rechtslage zu sexuellen und reproduktiven Rechten und zur biomedizinischen Forschung von Land zu Land unterscheidet, sind eine Landkarte aus Geboten und Verboten und ein rechtlicher Rahmen für die transnationale Fortpflanzungsindustrie und den Fruchtbarkeitstourismus entstanden, die durch soziale Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen und Ethnizitäten, Norden, Osten und Süden und «imperiale» Lebensweise geprägt sind.<sup>58</sup> Auf der Grundlage der reproduktiven und der regenerativen Medizin wurden in den vergangenen Jahrzehnten eine kommerzielle Fortpflanzungsbranche und ein Handel mit Körperstoffen und Organen aufgebaut. Transnationale Fortpflanzungsmärkte expandieren schnell auf dem Hintergrund ständiger Angebot-Nachfrage-Interaktionen. Erzeugung von menschlichem Leben wird zum Produktionsprozess, für den man sich die biologisch notwendigen Bausteine und Serviceleistungen zusammenkaufen kann.

Die Bioökonomie reagiert scheinbar stets auf unerfüllte Bedürfnisse, auf Krankheiten und reproduktive Rechte. Der indische Biologe Sunder Rajan hat jedoch an der Genomforschung aufgezeigt, dass die aktuelle Biotechnologie nur in ihrer Interaktion mit Pharma-Unternehmen und der Arzneimittelentwicklung verstanden werden kann. Was Wissenschaftler\_innen und Forscher\_innen in biotechnologischen Labors und reproduktiven Wertschöpfungsketten produzieren, ist eigentlich Biokapital, und bildet eine techno-wissenschaftliche Form des Kapitalismus.<sup>59</sup>

Dieses Marktsegment, einschließlich der reproduktiven Kliniken und Vermittlungsagenturen in unterschiedlichen Ländern, nutzt drei komparative Vorteile:

- 56 Corea, Gena (1990): Muttermaschine. Reproduktionstechnologien. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter, Berlin; Arditti, Rita/Duelli Klein, Renate/Minden, Shelley (Hrsg.) (1985): Retortenmütter. Frauen in den Labors der Menschenzüchter, Reinbek bei Hamburg
- 57 Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt/New York
- 58 Feyerabend, Erika (2010): gespendet – gehandelt – getauscht. Interview über die Globalisierung der Eizellmärkte, in: *iz3w 321*; Bergmann, Sven (2014): Ausweichrouten der Reproduktion. Biomedizinische Mobilität und die Praxis der Eizellspende, Wiesbaden; Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise, in: Demirović, Alex et al. (Hg.), *Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg, 78–93
- 59 Sunder Rajan, Kaushik (2009): *Biokapitalismus. Werte im postgenomischen Zeitalter*. Frankfurt

Erstens konzentrieren sich die Unternehmen auf Dienstleistungen, für die eine hohe Nachfrage aufgrund spezifischer sozio-kultureller Normen besteht wie Geschlechtsbestimmung in Süd- und Ostasien. Zweitens bieten medizinische Dienstleister in den Ländern des Südens und Osteuropas im globalen Unterbietungswettbewerb billigere Dienstleistungen als im Norden an (z.B. in Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen und der Ukraine im Vergleich zu Mittel- und Nord-europa). Drittens konzentrieren sie sich auf die medizinischen und reproduktiven Dienstleistungen, die in vielen Ländern verboten sind, aber international stark nachgefragt sind wie Leihmutterchaft in Russland, der Ukraine und Indien.

So kann eine australische Vermittlungsagentur homosexuelle israelische Paare in Kontakt bringen mit Eizell-Spenderinnen in den USA und mit einer Leihmutter in Indien. Auf der Leihmuttermesse «Families through Surrogacy» im März 2015 in London präsentierte sich eine Vielzahl von Agenturen mit unterschiedlichen Angeboten. Für Indien gibt es einen Führer durch die Leihmutterchaftsszene.<sup>60</sup> Diese zunehmend diversifizierte Industrie nutzt soziale Ungleichheiten, den internationalen Wettbewerb und die Rechtsunterschiede. Notwendige Vorbedingung ist die Zulieferung von biologischen Substanzen. Bis vor kurzem schien weltweit ein ethischer Konsens darüber zu bestehen, dass Organe und biologisches Material wie Stammzellen nicht der Logik von Markt und Ware preisgegeben werden dürfen. Deshalb durften Ei- und Samenzellen lediglich gespendet, nicht aber bepreist, ge- und verkauft werden.

Die Begrifflichkeit von Spende und Nicht-Bezahlung mystifizieren die Marktrealitäten und unterstellen, dass hier eine solidarische Ökonomie am Werk ist. In den Niederlanden bat der pharmazeutische Konzern AKZO Frauen in den ersten Schwangerschaftswochen, ihren Urin zu spenden, um anderen Frauen zu helfen. Urin enthält zu Beginn der Schwangerschaft Substanzen, die AKZO für Schwangerschaftstests und für die Entwicklung von Fruchtbarkeitshormonen brauchte.<sup>61</sup>

Reproduktionsagenturen bieten Kund\_innen den Zugang zu biologischen Substanzen und Organen von Eizellen bis zur Gebärmutter und eine Auswahl nach qualitativen Kriterien auf dem globalen Markt an, z.B. die Eizellen einer Frau mit einer bestimmten Haut-, Augen- und Haarfarbe, mit dem gewünschten IQ und Bildungsniveau. Obwohl das Narrativ von Spende und Solidarität aufrechterhalten wird, zeigt die für die Hormonstimulation und chirurgische Entfernung von Eizellen gezahlte Entschädigung den Trend zur Kommerzialisierung und Stratifizierung von Reproduktion. In den USA bewegen sich die Kosten zwischen 750 US-Dollar und bis zu 8.000 US-Dollar für «beste Qualität», wie sie von Vermittlungsagenturen beworben wird. Während der Wirtschaftskrise in Spanien spendeten viele

<sup>60</sup> [www.globaldoctoroptions.com/book/export/html/432](http://www.globaldoctoroptions.com/book/export/html/432)

<sup>61</sup> Gupta, Jyotsna Agnihotri/Richters, Annemiek (2008): Embodied Subjects and Fragmented Objects: Women's Bodies, Assisted Reproduction Technologies and the Right to Self-Determination, in: *Bioethical Inquiry* (2008) 5, 243

Studentinnen Eizellen und bekamen über 1.000 Euro dafür. In Indien erhalten «Diva Spenderinnen» Spitzenpreise von 850 US-Dollar.<sup>62</sup>

Bei Leihmutterschaft bewerben Agenturen und Kliniken den komparativen Vorteil des Südens: In Indien liegen die Preise zwischen 25.000 bis 50.000 US-Dollar im Vergleich zu 80.000 bis 100.000 US-Dollar in den USA. Der globalisierungstypische Win-Win-Mythos mystifiziert den Arbeits- und Liefervertrag zwischen den wohlhabenderen Wunscheltern und der Leihmutter. In den führenden Kliniken in Indien erhalten Leihmütter 6.000 bis 7.500 US-Dollar. Der zunehmende internationale Wettbewerb und der Regulierungsmangel erzeugen einen heftigen Preisdruck. Wie bei anderen ausgelagerten prekären Arbeitsformen tragen die Frauen unter neoliberalen Bedingungen das volle Risiko, was bedeutet, dass sie nicht versichert werden und im Fall einer Fehl- oder Totgeburt keine Zahlung erhalten. Arlie Hochschild nennt die Leihmutterschaft in Indien Verlagerung von Arbeit «hinter die Kulissen des globalen freien Marktes», und Sharmila Rudrappa spricht von der «reproduktiven Werkbank».<sup>63</sup>

In Indien mit 3.000 registrierten Fortpflanzungskliniken macht Leihmutterschaft einen Jahresumsatz von 450 Millionen US-Dollar. Die Hälfte der 25.000 produzierten Babys wurden aus dem Ausland bestellt. Der indische Staat unterstützt den Medizintourismus wie andere Exportindustrien mit Steuer- und Zollsenkungen. Das reproduktionsmedizinische Verfahren unterliegt dem Marktprinzip der Effizienz: Um die Chancen der Einnistung eines Embryos in die Gebärmutter einer Leihmutter zu erhöhen, werden in der Regel fünf Embryonen implantiert. Daher sind Zwilling- oder Drillingschwangerschaften durchaus üblich. Wenn die Bestelleltern jedoch nur ein Kind oder Zwillinge wollen, werden die anderen Embryos abgetrieben. Die Leihmütter leben unter permanenter Kontrolle in einem Wohnheim neben der Klinik, ähnlich wie die Arbeiterinnen und Arbeiter in China, die in Schlafsälen neben den Exportfabriken wohnen. Sie werden dahingehend diszipliniert, dass sie sich neun Monate lang um die Erzeugung eines qualitativ hochwertigen Produkts für jemand anderen bemühen sollen, ohne eine emotionale Bindung an das Baby zu entwickeln.

Amrita Pande, die acht Jahre lang ethnographische Forschung zu Leihmüttern in Indien durchführte, nennt dieses Outsourcing und die neoliberale transnationale Reorganisation von Reproduktion «Neo-Eugenik».<sup>64</sup> Frauen aus dem Süden erbringen Serviceleistungen für die Fortpflanzung von Menschen aus dem Norden und ermöglichen dem transnationalen Fortpflanzungsbusiness, riesige

62 Schultz, Susanne/Braun, Kathrin (2010): Spendende Verkäuferinnen, Eizellen für die Klonforschung, in: *Berliner Debatte Initial* 21(4), 28–40

63 Hochschild, Arlie (2012): The Back Stage of Global Free Market Nannies and Surrogates, in: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen*, Wiesbaden, 1125–1138; Rudrappa, Sharmila (2014): India's Reproductive Assembly Line, <http://contexts.org/articles/spring-2012/indias-reproductive-assembly-line>

64 Pande, Amrita (2014): *Wombs in Labour. Transnational Commercial Surrogacy in India*, New York, 104–128; Vora, Kalindi (2013): Potential, Risk, and Return in Transnational Indian Gestational Surrogacy, in: *Current Anthropology*, Vol 54/7, 97–106

Gewinne einzufahren, während die Ungleichheiten zwischen Frauen und die soziale Schichtung der Reproduktion zunehmen. So können Paare aus der globalen Mittelschicht ihre reproduktiven Rechte als Teil ihrer «imperialen» Lebensweise realisieren, während zur gleichen Zeit eine neue Weltordnung der Fortpflanzung entsteht.



# 5 Ausblick

Die Hoffnung der internationalen Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen, das Menschenrechtsparadigma würde universell als Motor für Gerechtigkeit in allen Ländern und Kulturen wirken, ist stark erschüttert. Das zuerst von Frauenbewegungen artikuliert Paradigma sexueller und reproduktiver Rechte geriet massiv unter den Druck der hier umrissenen, drei miteinander verflochtenen Machtachsen, nämlich sozialer Werte, von Biopolitiken und der Bioökonomie.

Zwar wurden sexuelle und reproduktive Rechte in UN-Politiken integriert und vor allem in der Gesundheitsagenda verankert. Verhütung und Abtreibung, HIV/AIDS und weibliche Genitalverstümmelung sind aber als Gesundheitsfragen nicht abtrennbar von Rechten, Bedürfnissen und Wünschen. Auffallend ist jedoch, dass die Sprache der UN-Dokumente das Themenfeld eher auf Gesundheit fokussiert als auf Rechte und eher auf reproduktive Gesundheit und Rechte als auf sexuelle. Das signalisiert eine Verengung des ursprünglichen Konzepts.

Dagegen wurde die Agenda sexueller Rechte außerhalb der UN-Arena nachdrücklich artikuliert und erweitert. So fordern die 2006 von einer Gruppe von Menschenrechtsexpertinnen und -experten formulierten Yogyakarta-Prinzipien die systematische Anwendung universeller Menschenrechte auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.<sup>65</sup> Ebenfalls sind Entscheidungen jenseits symbolischer Politik, wie das kürzliche Referendum für die Homo-Ehe in dem zu 80 Prozent katholischen Irland, demokratische Voten für gesellschaftliche Veränderung und Gestaltung von Biomacht.

Anerkennung, Schutz und die Einlösung sexueller und reproduktiver Rechte sind auf viele Hindernisse und auf massiven Widerstand auf der internationalen, nationalen und lokalen Ebene getroffen. Rechte und Ansprüche wurden zum Spielball zwischen neoliberalen Märkten auf der einen Seite und politischen und religiösen Regime mit einem zunehmend neokonservativen, autoritären und fundamentalistischen Regierungsstil auf der anderen. Zweifellos stellen einige Gesetze und politische Maßnahmen – z.B. gegen Vergewaltigung in der Ehe, weibliche Genitalverstümmelung und sogenannte Ehrenmorde – Fortschritte dar, auch wenn diese höchst ungleich und ungleichzeitig sind. Doch die Einlösung von Rechten in Bezug auf Sexualität und Fortpflanzung ist keineswegs ein lediglich langsamer, aber linearer Prozess. Sie ist ein umkämpfter Prozess, heute nicht weniger, sondern eher mehr als

---

65 Hirschfeld-Eddy-Stiftung (2008): Die Yogyakarta-Prinzipien. Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Berlin [www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/fileadmin/images/schriftenreihe/yogyakarta-principles\\_de.pdf](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/fileadmin/images/schriftenreihe/yogyakarta-principles_de.pdf)

vor 20 Jahren, und vor allem eine Frage von Macht bzw. von miteinander verflochtenen sozialen, politischen und ökonomischen Machtkomplexen.

Die kommerzielle Fortpflanzungsindustrie spielt inzwischen mithilfe der Reproduktionstechnologien eine führende Rolle bei der transnationalen Rekonfiguration von Reproduktion. Die Politik hinkt mit Regulierungen hinterher. Eine Spirale von Angebot und Nachfrage dehnt biologische und auch ethische Grenzen immer weiter. Gleichzeitig ist der konservative Widerstand gegen Selbstbestimmung, Geschlechtergleichheit und Vielfalt auf dem Vormarsch. Feministische, queere und postkoloniale Diskurse streiten weiterhin über Bedeutung und Deutungen von Autonomie und reproduktiver Gerechtigkeit. Ist alles, was für individuelles Wohlbefinden technisch möglich ist, auch sozial machbar und sinnvoll? Welche Institutionen regulieren die Märkte und verhindern, dass die Markt- und Warenlogik sowohl soziale Beziehungen als auch den individuellen Bezug auf den eigenen Körper bestimmt?

Die Erfahrungen der vergangenen beiden Jahrzehnte zeigen, dass für die Probleme im Kontext sexueller und reproduktiver Rechte weder technische oder marktformige Lösungsangebote noch die neoliberale Wendung von Selbstbestimmung hinreichend sind. Vielmehr muss die Suche nach sozialen Aushandlungen und nach neuen Gesellschaftsverträgen auf allen politischen Ebenen verstärkt werden, von den Haushalten und lokalen Gemeinschaften bis zu den internationalen Beratungen bei den UN. Als Themen sozialer Gerechtigkeit sind diese Rechte nicht abtrennbar von sozialen und wirtschaftlichen Rechten und von einer Rekonfiguration von Männlichkeit und Weiblichkeit. In den 1990er Jahren formulierten UN-Konferenzen wie die Weltbevölkerungs- und die Weltfrauenkonferenz angesichts zunehmender globaler Probleme, neoliberaler Politiken und der wirtschaftlichen Globalisierung Regeln globaler Ordnungs- und Strukturpolitik, Global Governance, die aufgrund ihrer normativen Wirkmacht direkt in nationalstaatliche Politiken übersetzt werden sollten. Danach sind jedoch der Multilateralismus und Regelungen der Weltordnungspolitik in eine Krise geraten. In Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte stellt sich vor allem angesichts des Aufstiegs autoritärer und neokonservativer politischer Regime wie auch fundamentalistischer religiöser Kräfte die Frage, welchen Sinn und welche Funktionen eine Global Governance derzeit noch haben kann.

Aufgrund der veränderten politischen, wirtschaftlichen und diskursiven Kontexte ist es notwendig, die Agenda sexueller und reproduktiver Rechte und menschenrechtliche Prinzipien auf dem Hintergrund einer Landkarte von Fortschritten und Rückschlägen zu reflektieren und zu aktualisieren. Was sind die jeweils brennendsten Fragen an verschiedenen Orten? Wer sind die wichtigsten Akteure und treibenden Kräfte? Was sind die heftigsten Kontroversen? Wie positionieren sich Feministinnen, queere und LGBTI-Gruppen und andere kritische zivilgesellschaftliche Organisationen in den neuen Szenarien zwischen dem Globalen und dem Lokalen, zwischen den Ansprüchen universeller, vergeschlechtlichter Menschenrechte und kulturellem Relativismus – und gegen die Instrumentalisierung von Frauen-/Menschenrechten durch Märkte, neoliberale Politiken, Biomacht und neokonservative Kräfte?

Eine zentrale Frage für alle kritischen zivilgesellschaftlichen Kräfte ist, ob die herrschaftskritischen Potentiale des Menschenrechtsparadigmas noch wirksam



sind, um Machtverhältnisse, Gewalt und Unterdrückung sichtbar zu machen und anzuklagen. Wie kann das Frauen-/Menschenrechtsparadigma in Kämpfen gegen Tendenzen genutzt werden, die Frauenkörper, ihre Fortpflanzungskapazitäten und vielfältige Sexualitäten zum Spielball von Biopolitik und Bioökonomie machen, sei es durch Bevölkerungskontrolle, sozio-kulturelle Machtkämpfe oder transnationale Unternehmensstrategien? In der Post-2015-Ära müssen Frauen-, Geschlechter- und Gesundheitsrechtsorganisationen erkunden, ob und wie das Paradigma sexueller und reproduktiver Rechte weiterhin als Vehikel für transnationale emanzipatorische Kämpfe und Solidaritäten genutzt werden kann.

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BPFA	Beijing Platform for Action
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
CSW	Commission on the Status of Women
DNA	Desoxyribonukleinsäure (DNS)
ICPD	International Conference on Population and Development
IWF	Internationaler Währungsfonds
IVF	In Vitro Fertilisation
HIV/AIDS	Human immunodeficiency virus/acquired immune deficiency syndrome
MDGs	Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals)
LGBTI	Lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex
SDGs	Nachhaltigkeitsentwicklungsziele (Sustainable Development Goals)
SRR	Sexual and reproductive rights
UNFPA	United Nations Family Planning Association



**GUNDA WERNER INSTITUT**  
BAND 11

## **Sexuelle und reproduktive Rechte**

Ein Essay von Christa Wichterich

Frauenkörper sind immer wieder zentrales Ziel konservativer und fundamentalistischer Ideologie und Praxis. Das individuelle Selbstbestimmungsrecht ist zudem geprägt von sozialen und kulturellen Normen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und mehr denn je auch bestimmt von reproduktiven Technologien und medizinischen Angeboten.

Dieser Essay der Soziologin Christa Wichterich bietet Hintergrundinformationen und analytische Zugänge aus einer internationalen Perspektive. Er will zu kritischen und kontroversen Debatten anregen und wirft notwendige Fragen auf.

**Heinrich-Böll-Stiftung**

Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin  
+49 30 285 34 0  
info@boell.de www.boell.de

ISBN 978-3-86928-141-4